

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonntags.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich eine Mark.

XXXII.

Leipzig, Dienstag den 9. Oktober 1894.

№ 117.

Das englische Genossenschaftswesen und seine Bedeutung für die Arbeiterbewegung.

von
Dr. Fr. W. Foerster.
(Fortsetzung.)

Nun wird gegen die Möglichkeit solcher Entwicklungen in Deutschland der Einwand geltend gemacht, daß hier die Profite des Zwischenhandels nicht so groß als in England seien. Diese Thatsache wird in ihrer Tragweite für den kaufmännischen Erfolg der Konsumvereinsorganisation übertrieben. Wögen die Profite geringer sein — sie sind immer noch groß genug, denn sie liegen im Wesen der heutigen individualistischen Verfassung des Ausschaltensystems. Wer wüßte nicht, welchen gewaltigen Aufschlag durch den Händler gerade die wichtigsten Artikel des kleinen Mannes, Lebensmittel, Hausgeräte, Möbel usw. erfahren! Man verzeih mir, wenn ich mich bei dieser Gelegenheit nicht auf die Profite der Dohr- und Gemüsehändler einlassen und wie doch gerade hier die Vermittlungsbedienste die höchsten Leistungen aufweisen!

Aber selbst wenn in Deutschland alle besonderen Profite des Zwischenhandels fehlten, so wäre das Konkurrenzsystem dennoch lebensfähig und dem Konkurrenzsystem der Vermittler an wirtschaftlicher Sicherheit und Leistungsfähigkeit überlegen, weil die Verwaltungskosten der kaufmännischen Unternehmer beiläufig sind durch ein ausgebreitetes Kellamessystem, während der Konsumverein durch seine gesicherte und ausgebreitete Kundenschaft diese Ausgaben völlig spart und trotzdem ein besseres Abgabengebiet als der sieberhaft werdende Händler hat.

Stellen wir uns jedoch einmal den Fall vor, daß es den Konkurrenten des Konsumvereins glückte, dadurch zu ganz geringen Verwaltungskosten und zu billigeren Warenabgabe zu gelangen, daß sie Schundwaren lieferten und ihre Artikel zu Spottpreisen aus Schweifstreberwerkstätten bezögen. Auch hier würde der Konsumverein durch seine volle Garantie guter, unverfälschter Ware seine wirtschaftliche Anziehung nicht verlieren. Aber sehen wir selbst davon ab. Wäre der Bestand der Genossenschaft gefährdet, wenn die konkurrierende Kaufmannschaft es verstände, durch allerlei Mittel die Differenz zwischen Verkaufspreis und Einkaufspreis so herabzudrücken, daß die Genossenschaft ihren Kunden aus der Differenz des Marktpreises mit dem Selbstkostenpreise keine Dividende zurückzahlen kann, weil der Verkauf zum Marktpreise gerade zur Deckung der Verwaltungskosten des Großverkaufs und des Ladenapparates ausreicht? Wer diese Frage im Ernste stellt, der zeigt, daß er das Wesen des demokratischen Konsumvereins noch nicht versteht. Er glaubt, daß die Bedeutung und die Kraft dieser Genossenschaft darin liegt, daß sie ihren Käufern die Profite sichert, welche der private Handelsvermittler über die unumgänglichen Verwaltungskosten hinaus dem Warenpreise zuschlägt. Dann steht und fällt allerdings der Konsumverein mit der Größe des Handelsprofites. Was aber, wenn nun die wirtschaftliche Stärke und Ausdehnungskraft der Genossenschaft gar nicht in wirtschaftlichen Triebfedern der Kundenschaft liegt? Dann wäre doch die Grundlage des Unternehmens völlig unanschaffbar durch alle Unlauterkeit des Wettbewerbes, der draußen tobt. Und hier stehen wir in der That vor dem Kernpunkte der ganzen Sache: Die große genossenschaftliche Organisation sichern Abzuges — diese feste Gewähr jedes gesunden Geschäftes — sie wächst ja nicht hervor aus kleinlicher Jagd nach wirtschaftlichen Ersparnissen und Zuschüssen, sondern sie ist das Werk mächtiger und dauernder Antriebe aus der Welt des moralischen und sozialen Ideals! Man schließt sich zusammen, um durch diese Konsumentenorganisation bessere Arbeitsbedingungen für diejenigen Mitbrüder und Mitbewerber zu erzwingen, die in den Werkstätten der Maschinenriek beschäftigt werden, man schließt sich zusammen, um

das Reich der gegenseitigen Unterdrückung, des planlosen Wettbewerbes und des Parasitentumes allmählich zurückzudrängen durch ein System des brüderlichen Zusammenwirkens, der geordneten Organisation, der gerechten Verteilung von Genuß und Arbeit! Das also sind die eigentlichen treibenden Kräfte der genossenschaftlichen Organisation — Kräfte, die dem Laden der Genossenschaft unabhängig von allen wirtschaftlichen Vorteilen eine stetige und immer wachsende Kundenschaft sichern. Die Genossenschaft ist so ein Werkzeug der großen sozialen Bewegung unserer Zeit, sie bedeutet den festen Entschluß großer Menschenmassen, ihren mächtigen wirtschaftlichen Einfluß als Konsumenten künftighin in einheitlicher Zusammenfassung in den Dienst der ausgleichenden Gerechtigkeit zu stellen und den gewaltigen Umsatz ihrer Güterversorgung den profitmachenden Vertretern der Konkurrenzwirtschaft aus der Hand zu nehmen, um ihn eignen Beamten anzuvertrauen.

Wer kann noch daran zweifeln, daß diesem Zusammenschluß auf die Dauer auch unbedingt die wirtschaftliche Ueberlegenheit über jede andere Methode des Güterumsatzes zufallen muß? Alle denkbaren Gegenveranstaltungen der Konkurrenzwirtschaft sind nur Versuche, durch Schwindel und Ausbeutung und durch das Risiko der Reklameverschwendung etwas zu erreichen, was die demokratische Konsumgenossenschaft durch ihre Verbindung mit dem moralischen Ideale von Anfang an hat: Eine große, stetige und wachsende Kundenschaft!

Die englischen Genossenschaftler sind sich klar bewußt, daß sie ihre größten und nachhaltigsten Erfolge ausschließlich moralischen Eigenschaften verdanken: dem treuen Zusammenstehen der Konsumenten, der strengen Rechtmäßigkeit und Aufopferung der Beamten, der gegenseitigen Unterordnung und Verhältnlichkeit Aller in der schwierigen demokratischen Leitung dieser stetig wachsenden Gemeinshaft des wirtschaftlichen Lebens. „Die moralische Begeisterung“ — so rief einst eine Genossenschaftlerin auf einem Kongreß aus — „ist nichts Rhetorikalisches und Unpraktisches, sie ist das prächtigste aller Dinge!“ Und Tom Man, einer der hervorragendsten Führer der Genossenschaftsbewegung, hält die moralische Agitation für die wichtigste Aufgabe aller sozialistischen Propaganda. In den langjährigen Erfahrungen der genossenschaftlichen Entwicklung ist es ihm klar geworden, daß die Verwirklichung des sozialistischen Ideales nur dann zu erhoffen ist, wenn wenigstens in der Elite der Arbeiterklasse die Kultur des innern Menschen, die begeisterte Erziehung zu Selbstbeherrschung und Gerechtigkeit als eine der wichtigsten Vorbereitungen für genossenschaftliche Lebensordnung erfaßt wird. Oft erscheint er als Prediger auf den Kanzeln der englischen Arbeiterklasse, um dort in der religiösen Tradition flammende moralische Bedrue in die Arbeiterklasse zu schleudern und um die Bedeutung der moralischen Erneuerung für alle wirtschaftliche Umgestaltung zu feiern.

Auch die für Erziehungszwecke zurückgelegten 2½ Prozent alles Gewinnes zeigen, welcher Wert innerhalb dieser großen wirtschaftlichen Bewegung auf die Pflege des Ideals gelegt wird. Dieser Fonds hat auch den Zweck, durch Veranstaltungen von Bildungskursen die Mitglieder der Genossenschaft in alle Gebiete der sozialen Wissenschaften einzuführen.

Welchen Einfluß hat nun das Konsumgenossenschaftswesen auf die englische Arbeiterklasse gehabt und welche Bedeutung kann es durch Nachbildungen seines

Organisationsprinzips und Bewertung seiner Erfahrungen für die Arbeiterbewegung aller Länder noch gewinnen?

Hier muß nun von den mannigfachen sozialen Verdiensten der Genossenschaftsbewegung vor allem die große und augenfällige Förderung hervorgehoben werden, welche sie durch die Organisation und die soziale Bedung der Frauen der allgemeinen Arbeiterbewegung erwiesen hat.

Gerade der Arbeiterinnenbewegung stehen in unserer Zeit eine Reihe fast unüberwindlicher Schwierigkeiten entgegen. Als Frau hat die Arbeiterin keine politischen Rechte und ist damit ausgeschlossen von der unmittelbaren und lebendigen Begeisterung des politischen Lebens. Und was die Teilnahme am gewerkschaftlichen Kampfe betrifft, so liegt hier bekanntlich das größte Hindernis in der geringeren Widerstandsfähigkeit (der weiblichen Arbeiterin gegenüber den Einschüchterungen und Brutalitäten des Unternehmertums. Alle fortgeschrittenen Arbeiterinnen aber wissen, daß ein Fortschritt der allgemeinen Arbeiterbewegung nicht denkbar ist ohne stärkere und organisiertere Teilnahme der weiblichen Proletarier. Die nachgiebigere weibliche Konkurrentin drückt auf zahlreichen Gebieten der Industrie die Löhne herunter. Und die Arbeiterin, die sich ohne Widerstand geistig und körperlich immer tiefer auf das Niveau des bloßen Vegetierens herabschrauben läßt, die wird auch als Mutter und Erzieherin kein energisches und begeistertes Geschlecht heranbilden, sondern sie wird die Zahl der Schwächlinge und Gleichgültigen verdoppeln. Wie oft kommt es auch vor, daß der Arbeiter durch eine verständnislose Frau sozial entmannt und zum Streikbrecher und Fahnenflüchtigen gemacht wird!

Die Erfahrungen des englischen Genossenschaftswesens geben eine Antwort auf die Frage, wie die Frau aus Gleichgültigkeit und Verzweiflung geweckt und zu lebendiger Teilnahme und Mitarbeit am gewerkschaftlichen und politischen Leben erzogen werden kann. Ist nicht der erste Schritt getan, sobald es gelingt, die Frau aus der Isolierung heraus in irgend eine große Organisation ihrer Interessen hineinzubringen? Und ist nicht gerade den schlechtgelohnten Arbeiterinnen die Konsumvereinsorganisation, die nur moralische Forderung fordert, bedeutend zugänglicher als die gewerkschaftliche Organisation, die das schon so karge Gehalt mit Geldbeiträgen belasten muß? Steht die Arbeiterin erst einmal drin in der vom Atem der großen sozialen Bewegung durchwehten Genossenschaft, so wird sie durch die dort bewirkte wirtschaftliche und moralische Hebung und soziale Aufklärung bald genug zur gewerkschaftlichen Mitarbeit geführt werden.

Es gibt Konsumvereine, die rein wirtschaftliche Interessen verfolgen und deren sozialer Einfluß auf die Arbeiterinnen eher verderblich als förderlich ist. Aber die demokratische Konsumgenossenschaft hat deshalb ein so besonderes Interesse daran, gerade in den Frauen die wärmste und aufgklärteste Teilnahme an der großen sozialen Bewegung ihrer Klasse und der ganzen Menschheit zu wecken, weil das ganze Gediehen der genossenschaftlichen Organisation an der Treue der weiblichen Kundenschaft hängt. Diese Treue aber kann nicht durch Vorrechnen kleiner wirtschaftlicher Vorteile wahrhaft gefestigt werden: Ihre Festigkeit und Ausdauer wird allein gewährleistet, wenn die Seele der Frau mit Begeisterung für das hohe Bestreben der Männer erfüllt wird und wenn ihr einleuchtet, welche folgenreiche und verant-

* Der Haß der Kaufleute und Detaillisten gegen die Konsumvereine — selbst in deren kümmerlichster Gestalt — zeigt deutlich, wie sehr sich die Konkurrenzwirtschaft der Ueberlegenheit ihres Gegners bewußt ist. Equivident ist oft der naive Egoismus, mit dem diese Herren nach der Politik rufen. Einst schrieb ein Feindbeter den Kaufleuten, die mit ihren Transporten durch ihr Gebiet mühten, vor, daß sie nicht den geraden Weg gehen dürften, sondern Umwege machen müßten, damit sie an möglichst vielen Poststellen vorbeikämen und an jeder ihre Abgabe zahlten. Genau daselbe verlangen heute die Kaufleute von den Konsumenten, wenn sie gefeßlichen Schutz vor den Konsumvereinen fordern.

* Mir ist in einer Volksversammlung von einer leitenden Arbeiterin entgegen worden, daß die Frauen schon durch die Brutalität des Kapitalismus von selbst geweckt würden. Und doch braucht man nur eine Nummer der Gleichheit — des Organs der Arbeiterinnenbewegung — zur Hand zu nehmen, um zu sehen, wie wenig die Arbeiterinnen selbst daran glauben. Und mit Recht. Von einer gewissen Stufe an weckt die Unterdrückung nicht mehr, sondern macht den Menschen stumpf und apathisch. Ein gewisser Grad von Unterdrückung und Ueberanstrengung erzieht die höheren Triebe und züchtet den Unternehmenden. Leider stehen die Arbeiterinnen dieser Stufe sehr nahe und bedürfen daher ganz besonders der beständigen Anregung, der vielseitigsten Pflege der Organisation.

wortliche Aufgabe in diesem Zeiten und Länder umspannenden Werte gerade ihr in der einseitlichen Organisation der Arbeiterkundschaft gestellt ist.

Die englischen Genossenschaftler zeigen in der Organisation ihrer weiblichen Propaganda, wie sehr sie von solchen Ueberlegungen geleitet sind. Es haben sich allerorten sogenannte Kooperativ-Gilden der Frauen gebildet, die den Zweck haben, durch öffentliche Agitation in Wort und Schrift die Frauenwelt über die wirtschaftlichen Vorteile und die idealen Ziele der Genossenschaftsbewegung aufzuklären und die im Namen der Solidarität und der sozialen Pflicht dazu aufzufordern, nur in den Niederlassungen der Genossenschaft zu kaufen, da diese allein Waren gewährleisten, an denen nicht der Fluch menschenwürdiger Arbeitsbedingungen klebt. So kann denn ein Flugblatt dieser Kooperativ-Gilden im Hinblick auf solche Propaganda der Solidarität auf die Frage: „Warum trete ich der Genossenschaft bei?“ mit Recht die Antwort geben: „Die Genossenschaft des Konsumvereins läßt mich an meine Mitmenschen denken und nicht nur an mich selbst — und das ist eine große Sache, ohne die das Leben öde und unglücklich wäre.“

Die große praktische Bedeutung dieser Agitation für die allgemeine Arbeiterbewegung liegt eben in jener bewundernswerten Tatkraft, die hier die Frau unmittelbar aus den kleinen Interessen ihres Haushaltes und antwappend an dessen Bedürfnisse allmählich in die großen Zusammenhänge und die begeisterten Hoffnungen der sozialen Entwicklung eingeführt. Sind doch diese Kooperativ-Gilden nicht nur Vereinigungen zu unmittelbarer Agitation, nicht nur Pflegestätten geselligen Lebens und gegenseitiger Hilfeleistung, sondern auch Mittelpunkte geistiger Bildungsbestrebungen. Im Vordergrund steht die Sozialwissenschaft. Vorträge, Bücherbesprechungen und Diskussionen werden abgehalten, in denen die wirtschaftlichen Grundlagen der Genossenschaftsbewegung, ihre Beziehung zu verwandten Bewegungen und ihre letzten Ziele zum Ausgangspunkte der weitesten Erörterungen gewählt werden.

Aber man führt die Frauen auch praktisch in die Teilnahme an der sozialen Bewegung ein. Die Gilden stehen in steter Beziehung zu den Gewervereinsvertretern, um für die allgemeine Beachtung der Kontrollmarken zu wirken und dafür zu sorgen, daß Geschäfte mit schlechten Arbeitsbedingungen die Kundschaft der Hausfrauen entzogen werde. Bei Arbeitseinstellungen veranlassen sie öffentliche Versammlungen, um vor der öffentlichen Meinung das Recht des Ausarbeitens in dem Kampfe gegen Lohnherabsetzung und für Verkürzung der Arbeitszeit vom Standpunkte des Familienlebens der Arbeiter zu verteidigen. Ihr Verdienst ist es, wenn heute in England oft genug in den Straßen für die Streckenden gesammelt wird mit der Begründung: „Wir wollen nicht, daß der Streik durch den Hunger von Frauen und Kindern entschieden wird.“ Die großen öffentlichen Versammlungen, welche von den Kooperativ-Gilden während des letzten Kohlenarbeiterstreiks in den verschiedensten Städten Englands abgehalten wurden und in denen die Frau eines der ausführenden Vorkämpfer über die Bedeutung des großen Lohnkampfes für Frauen und Kinder sprach, sind damals der Ausgangspunkt umfangreicher Versammlungen gewesen.

Die Kooperativ-Gilden versuchen aber auch mit wachsendem Erfolge die bei ihnen tätigen Frauen in den demokratischen Verwaltungskörper der Konsumgenossenschaft hineinzubringen: Sie betrachten die Beteiligung der Frau an der Verwaltung des genossenschaftlichen Güterumsatzes als notwendigen Vorzug für die öffentlicheren und verantwortlicheren Aufgaben des parlamentarischen Vertreters oder für die schwierigeren Pflichten der städtischen und staatlichen Verwaltung: Sie arbeiten mit Bewußtsein darauf hin, daß die Frau dereinst in allen großen Angelegenheiten der Menschheit Sitz und Stimme habe.

(Fortf. f.)

Quartalwechsel.

Der Hausbursche und der Leibdiener des Herrn Kommerzienrates haben gekündigt und die schöne Auguste bei der noch Kommerzienrätin werden wollen den Buchdruckerbesitzerin zieht ab; der Hausmann hat beim „Typographen“ einen febern Posten gefunden und reißt jetzt in ganz Deutschland als Bauernfänger umher; auf den Straßen rollen dumpf die Möbelwagen, ein Zeichen des Quartalwechsels — die Hochzeit beginnt!

Ich könnte ich als Buchdrucker doch auch einmal aufkündigen und schnippisch zum Prinzipale sagen: Vermöge meines Kapitals brauche ich nicht mehr zu arbeiten, es gefällt mir nicht mehr bei Ihnen, ich will mich verändern! — Aber es geht nicht; erstens bin ich so familiär geworden im Hause meines Prinzipals, daß ich nicht gern die ganze Familie durch mein Scheiden betrüben möchte und dann bin ich auch nicht entschlossen, denn zu jeder Stunde, bei Tage wie bei Nacht bin ich zur Stelle sobald mein im guten Einvernehmen mit mir lebender Prinzipal mich zur Arbeit

ruft. Es geht auch alles so anständig bei uns zu, weit anständiger als im Hause manches Kommerzienrates, denn Ueberzählige gibt es nicht und für Fernhaltung fremder Eindringlinge ist auch gesorgt, denn „Fußangeln“ und Selbstschüsse sind in nicht geringer Zahl angebracht. Schließlich bin ich auch auf kein Lohn- und Arbeitsverhältnis eingegangen, habe es auch gar nicht nötig, denn es besteht eine Prinzipalkasse, die sich durch hohe Verwaltungskosten auszeichnet. Kurzum, wie schon gesagt, ich gehöre zur Familie und bin durch eine gewisse Berufsverwandtschaft mit derselben verbunden. Also, das „Abziehen“ geht nicht gut, obwohl anderswo auch gutes Brot gebaden werden mag; aber bei uns geht es immer hoch her.

Jedoch ganz besonders hoch scheint es bei den Gutenbergsbühlern herzugehen. Da scheint in jeder ein „freier“ Mann zu sein, d. h. wenn er ins „Freie“ geht. Herrmann ist seines Amtes enthoben, denn wie er selbst sagt, steht er gar nicht ein, warum er sich für eine Sache aufopfern soll, von der er sich nichts mehr verspricht. Er hat keine gezogen, sonst hätte er sich ganz aufgeopfert und wäre als Weisbrauch gar zum Vater Gutenberg emporgestiegen.

Aber dies sind Krankheitserscheinungen und derartige Anfälle muß man zur vollen Entwicklung kommen lassen und nicht, wie es bei den Ärzten geübt wird, gleich Schneiden und Brennen. Ich bin ein Freund der Naturheilkunde, die in solchen Fällen die Krankheit nicht unterdrückt, sondern fördert und zum Ausbruch kommen läßt.

Legen sich nun Graue und Herrmann in den Haaren und befehlen ihre Körper von Fauligen und giftigen Stoffen, so entsteht für die Mitglieder des G.-B. ein „Gesundheitsprozeß“, der sie belehrt, daß sie im „Verband“ am besten aufgehoben sind.

Für den Herrmann möchte ich ganz gern ein Gnadengesuch mit einigen Unterschriften an den aalglatten Kleinweber schicken, wenn ich die Hoffnung auf Erfolg hätte. Aber vielleicht wird in Kamerun einmal ein „Gutenberg-Verein“ gegründet, wo dann wieder ein Vorsitzender nötig ist, da liebe sich doch sehr leicht ein Ausgleich treffen und ohne „Milchperdsche“ könnte dann einer von beiden sein Exzepte schwingen, wogegen Onkel Blanke gewiß nichts einzuwenden hätte.

Grube ist übrigens eine „grundehrliche Haut“, denn er sagt selbst: Als Vorsitzender des G.-B. sei er etwas Besseres gewöhnt als eine Minimum-Kondition.

Ob die Führer des G.-B. ein Tagebuch führen, weiß ich nicht, aber den Vorstandswechsel haben sie sicherlich nicht übersehen, denn er steht bei uns sehr in den Knochen.

Ein Tagebuch während einer Glanzperiode zu führen ist übrigens auch eine recht schöne Sache, denn es bildet die Quelle fortwährenden Vergnügens, jeden Abend trägt man die Erlebnisse des Tages ein, wieviel Zuhörer in der glänzend verlaufenen Versammlung waren, wieviel Flaschen deutscher Sekt oder wieviel Kognats getrunken worden sind und außerdem in welcher Wirtschaft man am besten gespeist hat. Aber oft, wenn man sich einen ganz besonders Genuß bereiten will, trägt man dies schon am frühen Morgen ein, nur mit dem Unterschiede, daß man bis zum Abend mit dem entscheidlichen Gewissenbissen geplagt wird wegen der lumpigen, klebrigen Leichtfertigkeit und man hat dann immer das Gefühl, als lebe man im Voraus. Sollte sich das aber öfters wiederholen, so glaube ich, daß man ganz launenhaft und nervös von den vielen Milchperdungen werden kann — so nervös, daß man schmerzhaft zusammenzuckt, wenn man später die wahrheitsgetreuen Berichte zu lesen bekommt.

Alle derartigen Erlebnisse habe ich von einem alten Bekannten, der mir sehr nahe steht und welcher auch mit in Erfurt bei der „Gründung“ zugegen war. Er bedauert sehr lebhaft, daß in solchen Fällen nicht immer Ziehung ist, um dieser angenehmen Beschäftigung solcher Führer ein Ende zu machen. Pasquino.

Korrespondenzen.

Bezirk Brandenburg a. H. Am 23. September hielt unser Bezirk seine diesjährige zweite Bezirksversammlung in Potsdam ab. Die Versammlung war aus zehn Orten von fast sämtlichen Mitgliedern sowie von einigen Gästen aus Berlin und zwei auf der Reise befindlichen Kollegen bedient, so daß der Vorsitzende Herr C. Thiele-Brandenburg bei der Begrüßung seiner Freunde über das zahlreiche Erscheinen offen ausbrach. Zum Teil hatte wohl auch die Anwesenheit des Verbandsklassifizierten Kollegen Eißner-Berlin zu der hier noch nie erzielten großen Teilnahme beigetragen. Herr Eißner schilderte die gegenwärtige Lage im Buchdruckgewerbe. Der dreiviertelstündige Vortrag wurde mit vielem Beifall aufgenommen. Er gab u. a. eine kleine Statistik zum besten, woraus zu ersehen, daß die Lehrlingszahl in manchen Städten um 40 bis 80 Proz. seit 1890 zugenommen hat. — Bei Besprechung über Agitation im Bezirke zur Gewinnung

neuer Mitglieder und gegen die Lehrlingszucht entspann sich eine rege Debatte, in welcher sämtliche Redner eifrig bemüht waren, Vorschläge zu machen, durch welche die Agitation eine möglichst wirksame werde. Im großen und ganzen mußte man sich aber mit den bereits alten und auch vielfach erprobten Mitteln begnügen, als da sind: Zustellung von Druckschriften, das Arrangement gemüthlicher Zusammenkünfte der Kollegen, bei welchen Gelegenheiten den Mitgliedern die Vorteile unserer Organisation auseinandergesetzt werden sollen, Agitationstouren u. dgl. m. Gegen die Lehrlingszucht soll die Presse, so weit uns dieselbe zur Verfügung steht, in Anspruch genommen werden, außerdem wird geplant, im Anschluß an öffentliche Volksversammlungen in den verschiedenen Orten durch den Vorsitzenden über die Mißverhältnisse in unserm Gewerbe Vorträge halten zu lassen, wobei besonders auf die mangelhafte Ausbildung der Lehrlinge in den Lehrlingsbrutstätten hingewiesen werden soll. — Kasse und Bücher wurden in bester Ordnung befunden. Der Antrag der Redatoren, sämtliche auswärtigen Versammlungsbesucher das volle Reisegeld zu vergüten, wird angenommen. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wird Bieslar gewählt. Für die ausgesperrten Mäler und Brauer in Berlin wurden 25 Mk. aus der Bezirkskasse bewilligt, wobei der Vorsitzende mit Genehmigung konstatirt, daß dieser Beschluß einstimmig gefaßt sei, wodurch das Solidaritätsgefühl der Buchdrucker der andern Arbeiterkundschaft gegenüber wieder einmal bewiesen werde, da auch nicht ein Kollege in der stark besuchten Versammlung anwesend sei, welcher dieses Gefühl durch Nichtbewilligung der Summe ignorieren wolle. Durch Beschluß wurden ferner der Potsdamer Ortskasse 10 Mk. für Ausgaben bei Abhaltung der Bezirkskassen aus der Bezirkskasse erstattet. Ein gemüthliches Beisammensein folgte der Versammlung. Jedenfalls wird es als überaus gelungen und interessant zu bezeichnende Versammlung den Teilnehmern noch lange im Gedächtnisse bleiben.

Charlottenburg. Für die in den Vororten Berlins arbeitenden Kollegen fand am 30. September eine Versammlung statt, zu der sich etwa 60 Kollegen eingefunden hatten und zwar aus Charlottenburg 12, Lankwitz 6, Richterfelde 2, Steglitz 1, die übrigen aus Berlin. Kollege Massini sprach über die wirtschaftlichen Umwälzungen im gegenwärtigen Jahrhundert und die Proletarisierung der Klassen und entledigte sich seiner Aufgabe in klar durchdachten und mit Beifall aufgenommenen Sätzen. Redner schilderte das Zustandekommen des Kapitalismus und empfahl den Anwesenden Anschluß an die gewerkschaftliche und politische Organisation. Antwappend hieran referierte Kollege Waack über die Tariffrage der Vororte: Die tariflichen Verhältnisse der Vororte, und ganz besonders Charlottenburgs, liegen so im argen, daß man zu der Annahme gedrängt wird, sich in Ostpreußen oder sonst irgendwo zu befinden, nur nicht in der nächsten Umgebung Berlins. Der Gewerkschaft gibt sich alle nur erdenkliche Mühe, diese Zustände zu verbessern, jedoch, lassen es die Kollegen selbst an der nötigen Energie fehlen. Das Bild über die einzelnen Druckereien ist seit Frühjahr noch düsterer geworden. Die Personalstatistik weist auf: Buchdruckerei Münch 15 Gehilfen, 12 Lehrlinge; Gery 14 Gehilfen, 13 Lehrlinge; Gutenberg 4 Gehilfen, 4 Lehrlinge; Fänger & Heymann — Gehilfen, 6 Lehrlinge; Herm. A. Weber 1 Gehilfe, — Lehrlinge; zusammen 34 Gehilfen, 35 Lehrlinge. — Kollege Meister gab seinem Erstaunen darüber Ausdruck, daß von dem Münchischen Personale kein Kollege anwesend sei und bemängelte das Verhalten dieser Kollegen sowohl wie die Thätigkeit des dortigen Faktors, indem er einige Fälle anführte. So wurde das Personal, welches nur dreitägige Kündigungsfrist hat, zu den Weihnachts-Feiertagen gekündigt, damit der Prinzipal die Bezahlung der Feiertage spare. Acht Tage später teilte der Faktor dem Personal aus eigenem Antriebe mit, daß auch der Neujahrstag nicht bezahlt werde, der Chef jedoch — bezahlte denselben anstandslos. Ein Seher hatte eine größere Revision in der Maschine zu machen; andern Tages läuft der Faktor zum Prinzipal und drückt dort sein Erstaunen aus, wie der Seher so lange Zeit gebrauchen konnte. Der Chef, einsichtsvoller als sein Faktor, entgegnete aber, daß er selbst gesehen habe, wie fleißig der Betreffende gearbeitet hat und mehr nicht thun konnte. Vor etlichen Wochen ist dem Personal eine neue Arbeitsordnung vorgelegt und von diesem auch unterzeichnet worden, wogegen dieselbe tarif- und geschwindig ist, wie folgender Passus zeigt: „Es verpflichtet sich hiermit jeder Unterschriebene, sofort in eine freie Hilfskategorie einzutreten und selbst die Beiträge pünktlich zu bezahlen und auf Verlangen innerhalb von drei Tagen sein Kassendruck dem Inhaber der Druckerei oder dessen Stellvertreter vorzulegen.“ Hierzu paßt vortrefflich eine Briefkastennotiz der in dem Verlage des Herrn Münch erscheinenden Neuen Zeit (Freis. Volkspartei) Nr. 226 vom 27. September 1894: 1. Der Arbeitgeber ist strafbar, wenn er die bei ihm beschäftigten Arbeiter nicht gegen Krankheit versichert. 2. Die Arbeitgeber haben ein Drittel

der Beiträge, welche auf die von ihnen beschäffigten
versicherungspflichtigen Personen entfallen, aus eignen
Mitteln zu leisten." Der größere Teil des Personals
ist nun in die Allgemeine Druckerkrankenkasse (Zwangskasse)
eingetreten, die Beiträge werden (unter Nicht-
achtung des Gesetzes) voll vom Lohn abgezogen und
vom Chef an die Kasse abgeführt. — Verschiedene
Kollegen legten die Mißstände der Stadtrat Verschieden
Druckerei klar. B. B. werden dort für 25,65 Mk.
1400 Zeilen Bourgeois auf 5 Kontorabgaben verlangt, was
einem Lohne von über 30 Mk. gleichkommt. 3 Kollegen
erhalten für diese Leistung noch nicht einmal das Mini-
mum. Im Geschäft herrscht eine sehr strenge Kontrolle
und iwehe dem Seherflaven, der nicht ein Bedeutendes
über seinen Wochenlohn leistet — er steigt un-
widerrüflich hinaus. Der anwesende Wizektor gab
teilweise das Angeführte zu, nahm aber im übrigen
sehr warm für seinen Brotgeber Partei. — Auch in der
Buchdruckerei Gutenberg herrschen nichts weniger
als tarifmäßige Zustände (Besitzungs-Estata) und ver-
schiedene Kollegen geben ihrer Verwunderung darüber
Ausdruck, daß in derselben schon seit Jahr und Tag
das Organ des Vorjellanarbeiter-Verbandes (Die
Ameise) hergestellt wird. Die Verhüllungsanwendung der
Buchdrucker Fänger & Heymann (ersterer Krieger-
vereinler, letzterer Mitglied der Berl. Buchdr.-Znnung)
ruft allgemeine Mißbilligung hervor, da die Lehrlinge
mit nichts weiter beschäftigt werden als im glatten
Sage des konservativen neuen Intelligenzblattes. Ge-
druckt wird das Blättchen von einem Arbeiter für 18
Mark die Woche. Nicht vergessen dürfen wir noch die
Wesend-Druckerei und Zigaretten-Geschäft von Reinhold
Schmidt, dessen Schrift in Zigarettenlisten untergebracht
ist, sowie die Druckerei eines Injektionspulver-Fabrikanten:
beide sehen „Massifche“ Druckfaden in die
Welt. Die Schmuckkonkurrenz hat hier, wie sich denken
läßt, die höchste Stufe schon überschritten. Auf An-
regung des Kollegen Massini dürfte sich eine Volkswirt-
schaftsammlung mit den Mißständen speziell der Druckerei
von Minch & Gery beschäffigen, um so unter dem
Drucke der öffentlichen Meinung dahin zu wirken, daß
städtische Arbeiten nur in Druckereien hergestellt wer-
den, in denen der Tarif aufrecht erhalten wird.

H. Darmstadt. Bei Durchsicht des Verzeichnisses
der Vorstandsmittglieder und Vertrauensmänner des
D. B. B. fand ich als Vertrauensmann auch den In-
haber der Buch- und Kunstdruckerei Herrn J. H. für
den hiesigen Bezirk verzeichnet. Herr J., der wie sein
Kollege Kamm früher als Gehilfe in der sozialdemo-
kratischen Partei sehr thätig war, nur daß er es
nicht zum Reichstagskandidaten brachte, beschäftigt zur
Zeit bei einem Sezer und einem Volontär 4 Sezer-
lehrlinge, bei zwei Druckergeräten ebenfalls 4 Drucker-
lehrlinge; weiter befinden sich noch Lehrlinge in der
Sehldruckerei, Buchbinderei usw. Wie nun diese
Lehrlinge ausge-bildet werden, mag folgendes be-
weisen: Vor einiger Zeit kam ein junger Gehilfe,
der bei J. gelernt hatte, in einer anderen hiesigen
Druckerei in Stellung und konnte trotz einfachem,
glatten Sage, schönem Manuskript und tarifmäßiger
Bezahlung nicht mehr als 14 bis 15 Mark verdienen,
während die anderen Gehilfen, welche an der gleichen
Arbeit mithalfen, sich auf 22 bis 30 Mark standen!
Als ich vor zwei Jahren die genannte Druckerei in
einem Artikel im Corr. ebenfalls wegen der Verhüllungs-
wirtschaft besprach, äußerte sich Herr J., nachdem er
denjenigen gelesen hatte, einem Gehilfen gegenüber:
„Er habe gar nicht gewußt, daß er so viele Verhüllungen
in seiner Druckerei habe.“ Wahrscheinlich werden die
Verhüllungen in der Abwesenheit oder wenn Herr J.
schlief in das Geschäft eingeführt? Es wäre deshalb
viel angebracht, wenn Herr Wiener in der Zeitschrift
dergleichen ewigen Tarifstünden mehr auf die Finger
kloppte, als sich so oft um die ungelegten Eier der
organisierten Gehilfen zu bekümmern. Aber darauf
werden wir vergeblich warten.

D. Detmold, 3. September. Das Organ der „un-
abhängigen“ Buchdrucker beschäftigt sich mit dem in
Nr. 108 des Corr. erschienenen Artikel von hier. Durch
Zufall fiel ein Exemplar dieses Blattes Schreiber
dieses in die Hände. In seiner wie es ihm scheint
angeordneten Gassenjungenmanier fällt der H.-Korres-
pondent des Typ. über den Verfasser des Corr.-
Artikels her. Man kann dem Geschreibsel sofort an-
sehen, daß es aus der Feder eines allgewaltigen Fato-
ris stammt, denn es ist maßig mit Kraftausdrücken
gespickt und wir nehmen es dem guten Mann auch
nicht mal weiter übel, weil wir trotz des „feinen“
Tones von Rauchnebeln verschont blieben. Bemerkten
wollen wir, daß der Streit in der M.schen Druckerei
hier nicht von einigen Verbänden angezettelt worden
ist, sondern von dem Drucker der Zeitung selbst. Die
Größen des G.-B. halten es freilich für selbstver-
ständlich, daß die Arbeiter sich jeden Lohnabzug ge-
fallen lassen müssen. Der Schreiber des Artikels ärgert
sich offenbar, daß nicht einige Getreue des G.-B.
Streitbrecherdienste hier leisten konnten, auf Lager
werden jedenfalls genug sein, das beweist die Ein-
führung der Arbeitslosen-Unterstützung (zum Ver-
hüllern) im „Ehren-Bande“. Dem Schreiber des

Corr.-Artikels wird noch vorgehalten, daß er in
seinem abgelassenen Erdennittel jedenfalls noch nichts
andres gehört hat als „sozialdemokratische Verbände-
floskeln“. Nehmen wir also an, daß er noch nichts
andres gehört hat und wiederholen wir unsre Auf-
forderung, daß einer von den „schneidigen“ Generalen
des G.-B. hierher kommen möge, um sein Licht leuch-
ten zu lassen und uns die neue Lehre des Heils zu
verkünden, die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit
bei einem 25prozentigen Lohnabzug. Man braucht
kein Dr. Faust zu sein, um zu verstehen, was durch
den Satz gesagt sein soll, welcher von dem G.-B. und
seinen Anhängern handelt; dem H.-Korrespondenten
des Typ. geht so etwas natürlich über den Horizont
und wir muten ihm auch nicht zu, sich lange den
Kopf zu zerbrechen, denn er wäre nach unsrer Mei-
nung doch unfähig, zu einem für uns günstigen Re-
sultate zu kommen, schon weil er nicht anders darf
und kann. Schließlich möchten wir noch die Redaktion
des Typ. ersuchen, ein Exemplar von Nr. 38 an den
Verleger der konservativen Zeitung nach hier zu
schicken; wenn derselbe liest, wach brave und zahme
Gesellen sich im G.-B. herumtummeln, so thut er
ihnen vielleicht den Gefallen und legt seine jetzigen
Gehilfen an die Lust und läßt Gutenbergbündler —
nach Abzug von weiteren 25 Prozent — in seiner
Druckerei arbeiten.

Dresden, 2. Okt. Am 1. d. M. feierte die Leh-
mannsche Buchdruckerei ihr 25jähriges Bestehen.
Bereits am vorhergehenden Sonnabend früh brachte
das gesamte Personal seinem Chef, Herrn Ottomar
Gehmann, seine Glückwünsche nebst einer Widmung,
bestehend in einer photographischen Aufnahme, dar.
An Stelle einer besondern Festlichkeit wurde das Per-
sonal durch Auszahlung eines doppelten Wochenlohnes
erfreut; außerdem erhielten die drei Ältesten je ein
Spartassenschein mit Einlage. Das wertvollste Zu-
bißungsgegenstand war jedoch die Begründung einer Stif-
tung, aus welcher jedem, der mindestens drei Jahre
im Geschäft thätig ist, alljährlich acht Tage Ferien bei
Fortzahlung des Lohnes gewährt werden. — Am
gleichen Tage bildete Herr Mich. Heyde auf eine
25jährige Thätigkeit als Maschinenmeister in ge-
nannter Druckerei zurück. Vom Druckerpersonale wurde ihm
Blumenschmuck zu teil, während die Sezer ein Rauch-
tischchen stifteten.

G.-n. Geseftemünde. (Buchdruckereien auf den
Schnelldampfern des Nordd. Lloyd.) Die
Nr. 113 des Corr. bringt unter Rundschau eine Notiz,
laut welcher die auf den Schnelldampfern des Nordd.
Lloyd's und der Hamburg-Amerik.-Paketschiff-Actien-
gesellschaft beschäftigten Schneizerdegen für die Fahrt
nach und von New York 80 Mk. nebst freier Station
erhalten. Die Geseftemünder Buchdrucker sind erstaunt
über dieser Mitteilung und möchten gern den Urheber
derselben kennen (stammt aus der Zeit.-u. Buchdr.-Ztg.
Red.). Wir werden nachstehend diese Meldung etwas
beleuchten, soweit sie den Nordd. Lloyd betrifft. Zu-
nächst muß konstatiert werden, daß diese Schneizer-
degen gar keine gelernten Buchdrucker sind; zur Zeit
fahren bloß zwei gelernte Buchdrucker, welche die
Druckfaden besorgen, während auf 12 Schiffen „Druck-
ereien“ bestehen. Was die Bezahlung anbetrifft, so er-
hält der die Druckfaden herstellende Steward monatlich
36 Mark („eine Reise nach und von New York“) und
nicht 80 Mark. Die Notiz läßt dann durchblicken,
als ob der Buchdrucker noch durch Herstellung von
Bistentarten und „kurze Beschreibungen der Fahrt“
bei den Fahrgästen Geschäfte machte. Wenn der
Fahrgast die „Kunstarbeit“ in Gestalt von Speise-
karten und Konzertprogrammen betrachtet, so wird er
kein Verlangen nach einer Bistentarte in ähnlicher
Ausführung haben. Was aber eine „Beschreibung der
Fahrt“ aus sechs Westentaschen voll Schrift hergestellt
werden kann, ist uns unbegreiflich. Thatsächlich
werden die Fahrgäste mit allerley „Räubergeschichten“
belästigt, welche aber nicht auf dem Schiffe hergestellt,
sondern von New Yorker Kolporturen geliefert werden.
Belleidlich glauben die Kollegen, der Schneizerdegen
habe bloß die Druckfaden herzustellen; dem ist aber
nicht so, er ist das „Mädchen für Alles“! Vornehmlich
läßt derselbe Steward-(Kellner-) Dienste zu ver-
richten, also: servieren, Küchengeschirr putzen, die Kojen
der Passagiere in Ordnung halten, überhaupt ist er
der letzteren „Kammermädchen“, welche bekanntlich
auch nicht allzu appetitliche Arbeiten verrichten müssen;
als Strafarbeit muß er dann auch noch das Deck mit
scheuern. In seinen freien Stunden besorgt er die
Druckfaden. Sehen wir nun, was dieser Schneizer-
degen sich anzuschaffen hat, vielleicht haben einige
Kollegen Lust zur Seefahrt bekommen. Beim Antritte
seiner ersten Reise muß er sich einen Stewardanzug,
eine Matratze, ein Kopfkissen und eine wollene Decke
kaufen, macht zusammen ungefähr 100 Mk. Hierzu
kommt noch die Wäsche, in welcher er vor allen Dingen
sein auftreten muß. Man glaube nun nicht etwa,
daß das Monatsgehalt von 36 Mk. reiner Ueber-
schuß ist. Nach jeder Reise wird festgesetzt, was an
Küchengeschirr, Silberzeug usw. gebrochen und ver-
loren wurde, und dies haben die Stewards in cor-

porze zu ersetzen. So kommt es vor, daß der
einzelne 10 Mk. zu bezahlen hat, obwohl dieser Schaden
durch sein Verschulden vielleicht gar nicht entstanden
ist. Wenn der Steward bei einer Reise mehr als 36 Mk.
verdient hat, so sind dies Krinquelber und diese erhält
er nur, wenn er in der ersten oder zweiten Kajüte
mit thätig und mit „allen Teufeln“ geht ist; immer-
hin bringt er es aber nicht auf die angebehaltenen 80 Mk.
Um nun in diesen Kajüten zur Bedienung zugelassen
zu werden, muß man schon längere Zeit gefahren
sein und, was die Hauptfache ist, sich mit dem Herrn
Obersteward „gut stehen“. Vor drei Jahren fuhr ein
Hamburg-Kollege mit dem Reichspostdampfer „Bayern“
als Buchdrucker mit nach Ostasien und trotzdem der
Obersteward demselben monatlich 10 Mk. aus seiner
Tasche zulegte, jedoch er monatlich 46 Mk. erhielt, be-
gehrte derselbe nicht eine zweite Reise mitzumachen.
Hier muß bemerkt werden, daß diese Reise vier Monate
dauert und nach ihrem Ablaufe das angeschaffte Zeug
heruntergerissen ist. Einem zweiten Kollegen war auf
einem Schnelldampfer nach New York Stellung an-
geboten, nachdem ihm aber seine Arbeit zugewiesen,
zog er des Tippeln vor; ein dritter ist gleich nach der
ersten Reise von einem Schnelldampfer desertiert; ein
viertes, welcher auf dem zur Zeit in Shanghai liegenden
Reichspostdampfer „Darmstadt“ fährt, wollte bei der
Hinreise bereits in Southampton die fetten Pründe
aufgeben. Es sind verschiedentlich verheiratete Kollegen
gefahren, sobald sich aber Kondition an Land bot,
gaben dieselben das Seefahren als Buchdrucker auf;
der beste Beweis, daß für uns beim Norddeutschen
Lloyd nichts zu holen ist. Ungemustert wird auf
sechs Monate, während welcher Zeit das Schiff nur bei
Gefängnisstrafe verlassen werden darf (so hat der oben
angeführte dritte Kollege für das Verloren des Schiffes
vor der Abmusterung 14 Tage Haft erhalten); dem
Norddeutschen Lloyd steht es aber jeder Zeit frei, seine
Mannschaft zu entlassen. Dann kommt es vor, daß
ein Dampfer einige Wochen anlegt; wenn nun der
Buchdrucker nicht gleich auf einem andern Schiffe
Stellung findet, dann kann er während dieser Zeit
„Schmetterlinge schießen“. Noch weiteres anzuführen
oder gar auf die Behandlung hier einzugehen, welche
die Stewards durch ihre Vorgefetzten erfahren, wollen
wir unterlassen, es würde zu weit reichen. Das
Gesagte genügt als Kommentar der Notiz. Wenn
beim Norddeutschen Lloyd soviel zu verdienen wäre,
dann hätten die Geseftemünder Buchdrucker die ihnen
verschiedentlich angebotenen Stellungen auf Dampfern
sofort angenommen. Wir wünschten, der Lloyd be-
zahlte besser, wir würden gern seine Dampfer mit
wirklichen Schweizerdegen versehen. Einige Druck-
ereien haben wir der Redaktion zur Beurteilung ein-
geschickt. Mitgliedschaft Geseftemünde.

K. Hamburg, den 2. Oktober. Die Versammlung
am 30. September erfreute sich eines einigermaßen
guten Besuches. Vorsitzender Schulz ersuchte die Mit-
glieder, die Postkarten für den Correspondenten am
Ende oder zu Beginn des Quartals einzuliefern. Der
Obmann des Herbergs-Ausschusses erstattete Bericht
über die mit dem Herbergs-Ausschusse gepflogenen Verhand-
lungen wegen einer beim Zentral-Vorstand einge-
gungenen Beschwerde betr. Vorsitz auf Reisende.
Hierbei sei bemerkt, daß alle Beschwerden über
unsere Herberge, wie ja auch in der Herberge durch
Plakat bekannt gegeben, an den Ortsvorstand zu richten
und nicht außerhalb laut werden zu lassen sind.
Sodann wurde Bericht vom Kartell erstattet. Vor-
sitzender F. C. Schulz referierte über das Thema:
Entwicklung des Buchdrucker-Vereins in Hamburg-
Altona und dessen Verhältnis zum frühern Hamburg-
Altonaischen Buchdrucker-Prinzipalverein. In seinem
etwa einstündigen Vortrage wies Referent an der
Hand von Protokollen auf die schon seit Anfang des
Jahrhunderts entstandenen Verbindungen der Kollegen
zwecks Unterstützung von Invaliden und Wittwen hin
sowie den weitem Ausbau unsers örtlichen
Kassenwesens, erwähnte sodann die Gründung des
Prinzipalvereins in den zwanziger Jahren wie auch
das gegenseitige Verhältnis beider Vereinigungen und
ging die Ereignisse der einzelnen Jahre bis zum Be-
ginn des Jahres 1848 durch. Es wird nächstens die
Fortsetzung folgen.

Hannover (Schluß des Goutagesberichts). Die Rech-
nungsbilanz gibt E. Rosenbruch in Vertretung des Goutages-
ausschusses und bemerkt, daß einige kleinere Differenzen
sich herausgestellt, dieselben aber vom Kassierer bereits
richtiggestellt seien. Es wird dem Goutage erstellt. — Nun-
mehr wurde zu Punkt 4 der A.-D.: Anträge zur Ab-
änderung der Goutages-Verordnung, übergegangen und
zunächst der Antrag Hannover auf Anstellung eines
besoldeten Verwalters und Erhöhung der Beiträge zu
diesem Zweck um fünf Pfennig zur Debatte gestellt.
Obber wünscht, daß dieser Punkt eingehend beraten
werde, da er ja die Veranlassung zur Abhaltung des
Goutages gegeben habe. Herrmann fordert die etwaigen
Befürworter des Antrages auf, denselben zu begründen.
Es meldete sich niemand zum Worte. Der Vorsitzende
Klapproth erklärte, daß der Vorstand, nachdem niemand
von der Opposition gewählt wurde, beschloffen habe,

es der Eferkommission anheimzustellen, einen Vertreter auf Kosten der Gaukasse zu delegieren. Jeder der niemand erschienen, er stelle deshalb den seiner Zeit von der Eferkommission im Lokalvereine Hannover erstatteten Bericht über das Resultat ihrer Beratungen den Delegierten zur Verfügung. Derselbe wird vom Schriftführer verlesen. Klapproth stellt den Bericht sodann zur Debatte und wünscht, daß sich die Delegierten eingehend darüber äußern möchten. Er selbst würde erst sämtliche Delegierten sprechen lassen und sich dann verteidigen. Auch gebe er in dieser Angelegenheit den Vorst. ab. — Zunächst führt nun Meyer aus, daß es sich nur darum handle, zu prüfen, ob der Vorstand seine Pflicht gethan habe. Die Thätigkeit Klapproths und des Vorstandes sei nicht bedauerlich, daß es nötig sei, einen Verwalter anzustellen. Der Vorstand habe nach seiner Ueberzeugung seine Pflicht gethan. Die Mitgliederzahl sei im Gau jedes Jahr gestiegen und die Berichte und Abrechnungen bewiesen zur Genüge, daß der Vorstand voll und ganz seine Schuldigkeit gethan habe. Vornemann sagt, die Hannoverische Opposition möge, wenn sie es für richtig finde einen Verwalter anzustellen, sich den Luxus für Hannover allein gestatten. Die Göttinger seien ebenfalls von der Ueberzeugung durchdrungen, daß der Vorstand im Interesse des Vereins gehandelt und nichts gethan hat, was dem Vereine hätte schaden können. — Stutmund hält die Angriffe gegen Klapproth für rein persönliche und wünscht, daß sich Kl. über die in den verschiedenen Bezirksversammlungen gemachten Angriffe hier äußere. Was die Parteistellung Kl. anbelange, so müsse es in Gewerkschaftsangelegenheiten jedem überlassen bleiben, zu welcher Partei er sich bekennt. Daß er sich in den Vorstand einer freisinnigen Partei hat wählen lassen, sei ein taktischer Fehler gewesen. Auch wäre es besser, wenn er den reisenden Kollegen weniger energisch entgegengetreten wäre. Kl. hätte wohl die beste Meinung gehabt, aber es sei jungen Leuten gegenüber nicht angebracht; er hätte sich dadurch nur Feinde gemacht. Krülls und Scholle stimmen diesen Ausführungen zu und wünschen, daß Kl. über die Hauptangriffspunkte Aufklärung geben möchte. Herrmann konstatirt, daß der verlesene Bericht der Eferkommission sich mit den in den Versammlungen gemachten Ausführungen durchaus nicht decke. Er sei entschieden gegen eine Steuererhöhung. Die Parteistellung Kl. erzeuge Beklommen und hätte auch wohl Anlaß gegeben zur Opposition; es sei zu wünschen, daß Kl. von der Partei zurücktrete, man müsse dem politischen Werdegange Rechnung tragen. Die Behauptung, daß die gewonnenen Mitglieder zum größten Teil aus den Bezirken kommen, sei eine Fabel. Ein Verwalter, der so viel Kemter bekleiden solle wie in der Begründung des Antrages dem Gauverwalter zugemutet werde, könne keine Agitation treiben, sondern müsse sich hinter den Büchern vergraben. Er könne nur eins machen, entweder agileren oder die Geschäfte führen. Die Strömung gegen den Vorstand werde sich winden, wenn die Kemter getrennt würden und der Lokalverein Hannover sich einen eignen Vorstand wähle. Es sei bedauerlich, daß die Herren hier nicht erschienen seien, um ihre Anklagen zu vertreten; es seien doch Männer, die hier beraten und man hätte sich einigen und den Frieden im Vereine wieder herstellen können. Brockmayer ist der Meinung, daß der Gautag unnötig gewesen und sich bis zum Frühjahr hätte verschieben lassen, denn es seien Nichtigkeiten, die die Opposition gegen den Vorstand vorbringe und damit einen Verwalter beswürze. Eine Steuererhöhung müsse auf jeden Fall vermieden werden. — In der fortgesetzten Debatte, an welcher sich fast sämtliche Delegierten beteiligten, wurde allgemein bedauert, daß die Eferkommission keinen Vertreter gesandt. Sie hätten durch die Forderung eines Gautages dem Vereine bedeutende Kosten verursacht und nun blieben sie fern und versuchten durch Protest, worin auch nicht das Geringste bewiesen werde, den Gautag als ungültig zu erklären. Es fehle für eine solche Handlungsweise jeder parlamentarische Ausdruck. Daß die ganze Opposition rein gegen die Person Kl. sich richte, beweise die Verammlung in Salzweel, wo sein Name sechsbunddreißigmal vom Referenten genannt worden sei. Es wären diese persönlichen Streitigkeiten doppelt zu beklagen, da es gerade jetzt nötig sei, zusammenzukommen und uns nicht selbst zu zerfleischen. Allgemein wurde die Trennung der Kemter gewünscht und man hoffte dadurch den Frieden im Vereine wieder herzustellen. Es wurde gewünscht, da niemand von der Opposition erschienen sei, diesen Punkt zu verlassen und den Antrag auf Anstellung eines Verwalters strikte abzulehnen, da eine Notwendigkeit hierfür absolut nicht vorliege. — Hierauf nahm Klapproth das Wort zu folgenden Ausführungen: Es sei wohl allen Anwesenden klar und jedermann könne sich denken, mit welchen Gefühlen er habe dieser Angelegenheit folgen müssen. Es sei seinerseits in der 23jährigen Thätigkeit nach bestem Wissen und Können alles gesehen, was in seinen Kräften gestanden und er habe sich mit seinem Handeln und Wirken stets im Einverständnis mit dem Zentralvorstande befunden. Man müsse doch zu der Ueber-

zeugung kommen, daß die ganze Bewegung in Hannover auf persönliche Rache zurückzuführen sei und die eingehende Prüfung der Proteste habe auch jedem klar bewiesen, mit welcher Wahrscheinlichkeit diese Herren umspringen. Eins könne ihn bei der ganzen Bewegung noch befriedigen, daß sein Rücktritt eine Steuererhöhung bedinge; er müsse demnach doch noch nicht so ganz wertlos gewesen sein. Wenn hier gefagt sei, daß man hätte versuchen müssen den Frieden wieder herzustellen und die Hand zu bieten, um die Streitart zu begraben, so erkläre er, daß von seiten des Vorstandes und auch von ihm alles geschehen sei, was dazu hätte beitragen können. Die Herren der sogenannten Eferkommission hätten jede gemeinsame Sitzung, jeden Vorschlag des Vorstandes abgelehnt und in ihren Sitzungen die Anfeindungen und Verleumdungen bis auf den heutigen Tag fortgetrieben. Einen Verwalter anzustellen, der so viele Kemter bekleide, der sein eigener Kontrolleur sein soll, sei nicht nur unmöglich, sondern auch gefährlich; und hierzu hätte der Vorstand seine Hand nicht bieten können. Wenn man sich darauf berufe, daß auch andere Gauen einen Verwalter angestellt haben, so müsse doch berücksichtigt werden, daß in diesen Gauen die Verhältnisse ganz anders lägen. Dort beständen keine Bezirke und die Verwalter müßten die Gelder aus allen Orten selbst einziehen, dieses sei in Hannover nicht der Fall. Die Geschäftsführung im Gau Hannover sei eine geregelte und noch nie habe der Zentralvorstand Grund gehabt, darüber Beschwerde zu führen; Döblin werde dieses hier bestätigen müssen. Er mache nie etwas allein, alles was geschehe, sei vom Gesamtvorstande beraten und beschlossen. Wenn nach unrer großen Bewegung ein gewisser Stillstand eingetreten sei, so hätten die Verhältnisse dieses bedingt. Wir müßten uns sammeln und neue Mitglieder gewinnen. Dieses sei auch gelungen, indem die Mitgliederzahl bedeutend stieg. Auch beweisen die aufgenommenen Statistiken, daß der Vorstand nicht untätig gewesen sei. Auf den Vorwurf, er habe während der Bewegung in einer Druckerei nicht so gehandelt, wie es hätte sein sollen, gab Mebner ausführliche Aufklärung und betonte, daß sich diese Verleumdung nur dadurch herausgebildet habe, weil während der Bewegung nicht alles an die große Glocke gehängt werden konnte. Die Eferkommission nutze jetzt dieses gegen den Gauvorstand aus. Er wolle heute auf den Grund des persönlichen Hasses nicht eingehen, da es nicht seinem Charakter entspreche, Personen anzugreifen, welche sich nicht verteidigen könnten. Ob er seine Schuldigkeit bis jetzt gethan oder etwas vertehrt gemacht habe, überlasse er den Delegierten zu entscheiden; er wolle aber nicht geädigt und als Unwürdiger zurücktreten, sondern mit Ehren den Platz verlassen, wenn es gewinnlich würde. Was seine politische Stellung anbelange, so erkläre er nochmals, daß sein Standpunkt alten Ursprungs sei. Politisch thätig sei er nie gewesen und in den Vorstand der Partei sei er auch unschuldig hineingekommen. Diesen Posten habe er bereits niedergelegt, aber man solle von ihm nicht verlangen, daß er eine Erklärung darüber abgebe, ob er aus der Partei austrete. Er glaube auch nicht, daß diese Erklärung von ihm verlangt werde; denn auch er überlasse es jedem Mitgliede, welcher Partei es angehöre wolle, ausgehend von dem Grundsätze, daß diese Freiheit der Meinung jedem Mitglied im Verein überlassen bleiben müsse. Zum Schluß seiner Ausführungen ersuchte Mebner in betreff eines Vorwurfs eine Kommission zu wählen, um das mitgebrachte Material zu prüfen. — Aue beauftragte die Ausführungen Kl. über die Verhältnisse der angeführten Druckerei. — Nun ergriff Döblin das Wort, bemerkend, daß es zwar nicht Sache des Zentralvorstandes sei, sich in drückliche Angelegenheiten zu mischen, wenn aber Vereinsfunktionäre derartig öffentlich angegriffen würden, sei es auch Pflicht des Zentralvorstandes, den Sachen näher zu treten und zu prüfen, ob Tatsachen vorliegen oder nicht. Es sei auf keinen Fall gutzuheißen, daß, wie im Braunschweiger Bericht über das Referat der sogenannten Eferkommission zu lesen, aufgestellt wird: wer die Schwerehung nicht mitgemacht, könne auch kein Führer sein. Seitens des Zentralvorstandes geniesse Klapproth volles Vertrauen. In allen taktischen Fragen habe volles Einverständnis geherrscht. Diese Art Opposition, eine solche Rache müsse scharf verurteilt werden, denn es sei absolut nicht bewiesen und nichts zutreffend. Wenn Kl. mit verschiedenen Kollegen in Disharmonie geraten, so läge dieses am Charakter der Person. Es sei zu bedauern, daß die Herren nicht anwesend seien, um die Beschuldigungen hier bei der höchsten Anwesenheit des Gauses persönlich zu vertreten. Wenn der Protest von einer Anzahl Personen unterschrieben sei, so schloße er sich der Meinung der Delegierten an, daß diese Mitglieder im guten Glauben handelten, indem sie annahmen, daß die Protestpunkte wahr seien. Was die Anstellung eines Verwalters anbetreffe, so könne man niemals den Kassierer- und Vorsteherposten in eine Hand legen wegen der gegenseitigen Kontrolle. Man dürfe auch nie den politischen Maßstab anlegen an den Leiter einer Organisation. Indem Mebner

die Ueberzeugung ausspricht, daß diese Debatte zur Klärung beigetragen habe und wie ein Gewitter die Luft reinigen werde, bedauert er, daß er gegen die Ansichten einer Anzahl Mitglieder hat Stellung nehmen müssen. — Nachdem noch Brockmeyer Bewahrung eingelegt, daß die Vorstände gewissen Parteirichtungen angehören müssen, C. Rosenbruch die Ausführungen Kl. ergänzte, Scholle und Krülls bedauerten, daß sie in Silbesheim den Ausführungen der Eferkommission blindlings Glauben schenkten, wo sich jetzt die Behauptungen als Verdächtigungen und Verleumdungen herausstellen und die Betreffenden, nachdem sie die Brandfackel aufgesteckt, nicht einmal den Mut besitzen, hierher zu kommen und Menschlichkeit abzulegen über die gemachten Vorwürfe, Kantschardt und Stutmund ebenfalls die Manifikationen der Eferkommission getadelt hatten, wird dem nochmaligen Wunsche Klapproths, eine Kommission einzusetzen, zugestimmt. Es werden dieselben Herren in die Kommission bestimmt, die die sechsgliedrige Kommission bildeten unter Zuwahl von Aue und Döblin; die Sitzung wird, während sie die Prüfung des von Kl. zur Verfügung gestellten Materials vornehmen, vertagt. — Bei Wiedereintritt in die Verhandlungen erklärt Schwette, daß sie das Material geprüft und gefunden, daß durch diese Ungelegenheit Kl. durchaus nicht gebindert gewesen sei, die Interessen des Vereins voll und ganz zu vertreten. Alles bede sich mit den gemachten Ausführungen. Döblin erklart noch, daß diese Sache im Jahr 1889 sich zugetragen, wo an eine Bewegung noch gar nicht zu denken gewesen sei, Helms bedauert, daß sich Kl. so tief in seine Privatverhältnisse hat hinein lassen und Stutmund dankt dem Vorsitzenden, daß er den Delegierten Gelegenheit gegeben habe, auch diesen schweren Vorwurf, der nicht nur in Hannover gemacht, sondern auch in die Bezirke getragen worden sei, für nichtig erklären zu können. Dann gelangte folgende, von den Herren Herrmann, Meyer, Vornemann und Kantschardt eingebrachte Resolution einstimmig zur Annahme: „Resolution. Die Delegierten des 24. Gautages des Gaus Hannover erklären hiermit folgendes: Die gegen den Gauvorstand resp. Gauvorsteher erhobenen Anschuldigungen und Verdächtigungen haben sich als auf unwahrer Basis beruhend herausgestellt. Nach eingehendster Prüfung des vorhandenen Materials, sowohl des schriftlich vorliegenden Berichtes der sogen. Eferkommission des Lokalvereins Hannover als der von Vertretern derselben in den verschiedenen Bezirksversammlungen gemachten Ausführungen sowie dem uns vorgelegten Aktenmaterial, ergab sich die mangelhafte Ehrenhaftigkeit des Gauvorstehers. Da die Kampfesweise nur als den Verein schädigend erachtet werden muß, so protestirt der Gautag ganz entschieden gegen die Art und Weise, wie der Kampf geführt worden ist.“ Hierauf wurde der Antrag Hannover auf Anstellung eines Verwalters ebenfalls einstimmig abgelehnt. Er hatte den Gautag etwa fünf Stunden in Anspruch genommen. — Letzterer fuhr beim gemeinsamen Antrage Braunschweig und Göttingen fort. Dieser betrifft den § 10; der Gauvorstand soll fernerhin nicht mehr vom Gauvororte, sondern auf Vorschlag des Gautages durch allgemeine geheime Wahl von sämtlichen Mitgliedern des Gaus gewählt werden und absolute Mehrheit entscheidet. — Da nach Mitteilung Kl.s die Opposition in Hannover die Verdächtigung ausgesprochen hat, daß dieser Antrag vom Vorstande ausgehe, so erklären Vornemann und Meyer, daß dieses nicht der Fall; der Antrag sei aus eigener Initiative der Bezirke hervorgegangen. Nach längerer Debatte wurde der Antrag folgendermaßen modifiziert und einstimmig angenommen; „§ 10. Die Leitung und Verwaltung des Gaus geschieht durch den Gauvorstand (siehe Statut des B. d. V.). Derselbe besteht aus einem Vorsteher, einem Vorsteher Stellvertreter, einem Kassierer, zwei Schriftführern und zwei Revisoren. Die fünf ersteren werden alljährlich mittel geheimer und direkter Wahlen sämtlicher Mitglieder des Gaus Hannover gewählt, wozu der vorhergehende Gautag Vorschläge zu machen hat; absolute Mehrheit entscheidet. Die zwei Revisoren werden durch geheime direkte Wahlen in den Offizinen der Mitglieder des Gauvorortes gewählt. Die Mitglieder des Gauvorstandes dürfen nicht zu gleicher Zeit im Vorstande der Mitgliedschaft des Gauvorortes sein. Die Gewählten antreten bis zum nächsten Gautage.“ — Ferner wurde beschlossen, daß diese Aenderung vom nächsten Gautag an in Kraft tritt. — Die Anträge der Bezirke Osabrück und Silbesheim, welche so ziemlich eine Sache behandeln und zwar die Gewöhnung eines Zuschusses zur Arbeitslosen-Unterstützung an bezugsberechtigten Mitglieder am Ort aus Gaumitteln, im Betrage von 3 Mtl. 50 Pf. resp. 3 Mtl. wöchentl., und zu diesem Zwecke die Gausteuer um fünf Pfennig erhöhen wollen, veranlaßte ebenfalls eine längere Debatte. Die Delegierten der antragstellenden Bezirke traten sehr stark für die Anträge ein, die Göttinger und Lüneburger Vertreter sprachen sich dagegen aus und forderten, daß der Verband die Arbeitslosen-Unterstützung so bald als möglich erhöhe, da dieses wohl allgemein gewünscht werde und auch agitatorisch wirke. — Döblin gab zu, daß es ein Agitationsmittel sei. Der Zentralvorstand

müsse sich jedoch den Beschlüssen der Generalversammlung fügen und da jeden auch anderweitige Verpflichtungen zu erfüllen. Die vorgetragenen Wünsche seien mit dem besten Willen nicht immer zu erfüllen. Man müsse auf alle Fälle gerüstet sein, denn es könnten Dinge eintreten, die den Verein stark belasten. Der Generalversammlung würden Zahlen vorgelegt und auf Grund dieser Zahlen würde dann auch alles geschehen, was möglich sei. Die Arbeitslosigkeit habe sich bedeutend erhöht und die Ausgaben seien gestiegen, man dürfe deshalb den Mitgliedern nichts versprechen, was man schließlich nicht halten könne. Weitere Ansprüche bedingten auch mehr Steuern, und an letzteren scheiterten auch meistens die Wünsche. Redner empfahl den Bezirken, diese erhöhte Unterstützung in den Bezirken einzuführen; wenn die Generalversammlung ebenfalls eine solche beschliesse, dann wären ja nur die 5 Pf. statt an den Bezirk an die Zentralkasse abzuführen. Da die Vertreter Hannovers wie im Vorjahre wieder eine neutrale Stellung diesen Anträgen gegenüber einnahmen, um nicht die Bezirke zu majorisieren und die Delegierten Braunschweigs ebenfalls sich der Stimme enthielten, da auch in Braunschweig bereits ein Zuschuß gezahlt wird, so wurde beantragt, die Bezirke allein abstimmen zu lassen. Die Abstimmung ergab Stimmengleichheit und zwar 5 gegen 5 Stimmen, die Anträge galten deshalb für abgelehnt. — Der Drucker Salzweibel soll vom Bezirke Lüneburg abgezweigt und dem Bezirke Magdeburg zugewiesen werden, auch Minden zu Westfalen kommen. — Ein Antrag Hilbesheims, gegen die Lehrlingswirtschaft einzuschreiten, wurde bis zum nächsten Gantage vertagt. — Krülls und Meyer stellten zu dem Wahl den Antrag, den jetzigen Gauvorstand bis zum Gantage weiter amtiert zu lassen, derselbe wurde einstimmig angenommen. — Ort des nächsten Gantages ist Lüneburg. — Rsmus berichtete, daß bei der vorgenommenen Revision der Bücher alles in Ordnung gefunden worden sei, sodann schloß der Vorsitzende mit dem Wunsche, daß die Verhandlungen zum Segen des Vereins reichen möchten und der Friede, der gerade jetzt, wo wir vor einem Angriffe ständen, so nötig sei, wieder einzeln möge, damit wir diesen Angriff abzuschlagen im Stande wären und mit einem Hoch auf den Verband den 24. Gantag.

75. Köln, 2. Oktober. Endlich wird es Licht im „heiligen Köln“! Eine für gestern Abend hier einberufene allgemeine Buchdrucker-Versammlung war von 200 Kollegen besucht, darunter viele aus der Köln. Volksgaz. Als Zugtraft hatte sich folgender Tagesordnungspunkt bewährt: „Die Organisation der Buchdrucker mit Bezugnahme auf die in der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands angenommene sachgenossenschaftliche Resolution und die Stellung der hiesigen zentrumsparteilichen Blätter hierzu.“ Als Referent traten wir unsern Zentralvorstehenden Döblin hier und in meisterhafter Weise verstand er es, das Thema für seine Agitationsrede auszubereiten: Trotz dem er in Köln noch nie eine nennenswerte Anzahl Zuhörer gehabt, habe er noch einmal gewagt, Köln zu berühren und er gäbe seiner Freude Ausdruck über die große Zahl der Besucher. Gerade hier in Köln herrschten in unserm Beruf Erwerbsverhältnisse, wie er sie schlimmer nicht in Öpreußen und in den polnischen Bezirken gefunden. Neben der Käufigkeit der Gehilfen sei hier hauptsächlich das Verbot der Prinzipale, dem Verbannde beizutreten, Schuld an dem schlechten Stand unsrer Organisation und damit an den niedrigen Lohnsätzen. Das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht kümmere die Kölner Buchdrucker-nnehmer nicht, vielmehr wirkten sie dagegen in einer parlamentarisch nicht zu bezeichnenden Weise. In dieser Hinsicht habe neben anderen auch Herr Wagem, der Besitzer der Köln. Volksgaz., sein Teil geleistet. Nunmehr aber wäre es an der Zeit, mit dieser Fesselung des freiheitlichen Gedankens der Gehilfen zu brechen. Die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands habe kürzlich eine Resolution angenommen des Inhaltes, die Entwicklung berufsgenossenschaftlicher Organisationen von Staats wegen gesetzlich zu gewährleisten und zu fördern. Selbstredend müssen dieselben eine christliche Grundlage haben. Drob alledem merke man seitens der Kollegen in den hiesigen Zentrumsblättern nicht, daß das Verbot zurückgenommen und damit ihre Koalitionsfreiheit gesichert sei. Trotz Herr Wagem und die anderen Prinzipale dem Beschlusse der höchsten Instanz der Katholiken oder sei für die Kölner Drucker eine Ausnahme gemacht worden? Wie solle man ein solches Benehmen bezeichnen? Sand in die Augen der Leser seien die von Arbeiterfreundlichkeit strotzenden Artikel dieser Blätter, solange nicht ihre eignen Gehilfen auch die Rechte jedes anderen Staatsbürgers wahrnehmen dürften. Oder wolle man für diese erst einen christlichen Berufsverein gründen? Das sei unnötig, denn kein Verein, keine Genossenschaft könne größere Werke christlicher Nächstenliebe betätigen als der Verband der Deutschen Buchdrucker. Redner besprach nunmehr in 7/8stündiger Rede unsere großartige Organisation, hob die Vorteile der Mitglieder gegenüber den Unorganisierten hervor und verbreitete

sich des längern über die maßlose Lehrlingswirtschaft der Herren Buchdruck-Prinzipale, insbesondere der Herren Vorstandsmitglieder des D. B. B. Trotz dem die Arbeitslosigkeit täglich steige, haben die Herren keinen Nachdruck erkannt und das Journ. f. B. entbiete sich nicht, sogar die Arbeiter, „schuß“gesetz zu bedauern, die doch nur dem Prinzipale Geld kosteten. Hierauf unterzog Redner die verschiedensten Gegenstände scharfer Kritik und ließ die Ereignisse bei und nach dem letzten Streik Revue passieren, wo sich fast die gesamte Presse gegen uns gezeigt habe. Nach einem Hinweis auf die aus humanitären und sanitären Rücksichten zur Notwendigkeit gewordene Verlängerung der Arbeitszeit und einer nochmaligen Geißelung der Kölner Verhältnisse appellierte Referent warm an das Solidaritätsgefühl der Versammelten und endete seinen Vortrag mit den Worten: Nicht in den Dienst einer politischen Partei, nicht in den einer religiösen Gemeinschaft stellen wir unsern Verband, aber unentwegt werden wir fortfahren im Kampf um die wirtschaftliche Besserstellung aller Mitglieder und aller Arbeiter! Lebhafter Beifall dankte ihm. Nachdem noch der Vorsitzende Kollege Schröder in einigen Ausführungen unsern Verband beleuchtete, fand nach kurzer Diskussion folgende Resolution einstimmig Annahme: „Die am 1. Oktober 1894 im Saale des Herrn v. Brachel tagende, zahlreich besuchte Versammlung der Buchdruckergehilfen Kölns kann nur in dem Verbannde der Deutschen Buchdrucker diejenige Organisation erblicken, welche in der Lage ist, die materiellen und geistigen Interessen der Gehilfenchaft voll und ganz zu wahren und erwartet, analog den Beschlüssen der diesjährigen Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, daß die hiesigen Buchdruckereien, welche die Zentrumsblätter herstellen, nun ihren Gehilfen das Koalitionsrecht gewähren. Das Bureau wird ersucht, diese Resolution den Besitzern der hiesigen katholischen Zeitungen zu übermitteln mit dem Ersuchen um gefällige Rückäußerung, damit einer demnächst wieder stattfindenden Versammlung darüber Bericht erstattet werden kann.“ Wir Kölner können mit dem erzielten Resultate vorläufig zufrieden sein, aber wir werden auch Sorge tragen, daß der Keim aufgehe und Samen und Früchte trage zur Ehre des Verbandes und zum Segen der gesamten Arbeiterchaft.

Mürnberg, 3. Oktober. Eine in letzter Zeit erfolgte Besprechung der hiesigen Drucker-Verhältnisse förderte die Thatsache zu Tage, daß im letzten Halbjahre die Zahl der Gehilfen zurück, die Zahl der Lehrlinge jedoch in die Höhe gegangen ist. Charakteristisch ist hierbei, daß die hervorragenden Lehrlingshalter fast ohne Ausnahme ehemals selbst Gehilfen waren. Vorbeeren in puncto Lehrlingszählerei scheint sich hier in letzter Zeit besonders eine Firma erwerben zu wollen, die bei 10 Gehilfen 10 Lehrlinge beschäftigt (vor einem halben Jahre beschäftigte diese Firma noch 12 Gehilfen und 7 Lehrlinge). Auch die Schmutzkonzurrenz treibt prächtige Blüten und es sind natürlich die „Lehrlingsbuden“, die darin erstaunliches leisten. — Am dem Nürnberger Publikum einen Einblick in die „rofigen“ Verhältnisse der Gehilfen zu geben, soll nunmehr allmonatlich in den hiesigen Tagesblättern eine kurze Registrierung der konditionslosen sowie der durchreisenden Kollegen erfolgen.

Schleswig-Holstein, Ende September. In folgenden Zeilen geben wir den Lesern dieses Blattes eine Zusammenstellung der wichtigeren Vorgänge seit dem letzten Gantage, da der diesjährige Gantag im Einverständnis mit der Mehrzahl der Mitglieder ausgefallen ist. Die vielen Änderungen des Saureglements veranlaßten den Gauvorstand, dasselbe neu drucken zu lassen, um namentlich den Mitgliedern bekannt zu geben, welche Leistungen der Gau übernimmt. Die Mitgliederzahl stieg von 296 auf 307 im vergangenen Jahr in 46 Druckorten und beträgt zur Zeit 318. Die Leistung der Beiträge für die Arbeitslosen erfolgt seit dem 1. Juni 1893 aus der Gaukasse, ferner gibt dieselbe 50 Pfg. täglichen Zuschuß zur Arbeitslosen-Unterstützung und an Kranke einen solchen von 1 Mk. pro Tag von der 14. Krankwoche ab. Auch wird ein Sterbegeld für Ehefrauen von Mitgliedern gewährt, doch ist dasselbe bis jetzt nicht in Anspruch genommen worden. Zum Zweck außerordentlicher Unterstützungen wurden dem Gauvorstand Mk. 14,50 von der Mitgliedschaft Neumünster zugesandt und von erstem einem anbauern arbeitslosen Kollegen in Rendsburg als Weihnachtsgeld überwiefen. — In Anlaß eines Spezialfalles wurde beschloffen, Gauunterstützungen an solche Mitglieder, welche ihren Wohnsitz nicht im Gau haben, nur auf jedesmaligen ausdrücklichen Beschluß des Gauvorstandes auszugeben. Ein solcher Beschluß war erforderlich geworden, nachdem mehrfach kranke, bezw. arbeitslose Mitglieder in einen andern Gau bezogen und von da die Weiterunterstützung aus der Gaukasse beansprucht. — Der Beschluß des Gauvorstandes, auf der Reise erkrankten Kollegen bei der Abreise, sofern die Krankheit länger als drei Tage dauert, 3 Mk. Extra-Unterstützung zu gewähren, wurde nur einmal ausgeführt, da auf unser Ersuchen diese Angelegenheit

vom Zentralvorstand in befristeter Weise geregelt wurde. — Von der Broschüre „Das Gehilfengegenrecht“ wurden 300 Exemplare im Gau verbreitet. Die Obligatorisierung des Corr. wurde in Neumünster (jedes Mitglied ein Exemplar) und in Kiel (je 2 Mitglieder ein Exemplar) beschloffen. In Flensburg wurde die Obligatorisierung abgelehnt, jedoch wird hier auf andre Weise für ein der Obligatorisierung (auf etwa 12 Mitglieder ein Exemplar) nahelommendes Abonnement gesorgt. — Betreffs der Kranken-Unterstützung sprach sich der Gauvorstand gegen eine Erhöhung der Karenzzeit aus und richtete an den Zentralvorstand das Ersuchen, diese Angelegenheit der nächsten General-Versammlung zur Beschlußfassung zu unterbreiten, welchem Antrag auch entsprochen werden wird. — Die mehrfach an den Gauvorstand gerichteten Besuche um Genehmigung von Darlehen (stetweise in bedeutender Höhe) mußten sämtlich abschlägig beschieden werden. — Auf das Restvermögen der liquidierten Zentral-Krankenkasse ist im Gau Schleswig-Holstein allseitig verzichtet worden, nachdem in einzelnen Fällen vom Gauvorsteher befriedigende Aufschlüsse betreffs der Verwendung gegeben wurden. — Dem von mehreren Gauvorständen ergangenen Ersuchen um Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen konnte nicht entsprochen werden, da die Gaukasse die Arbeitslosen-Unterstützung und auch die Beiträge während der Arbeitslosigkeit lediglich als humanitäre Leistung gewährt und insoweit dieselbe im Gau arbeitslos gewordene Kollegen diese Unterstützung in Anspruch nehmen können, eine Karenzzeit also nicht durchgemacht zu werden braucht. Doch wurden die betr. Gauvorstände ersucht, in anbetragt vorgeannten Umstandes, von den auch ihre Mitglieder profitieren würden, auch unsere Mitglieder möglichst den eignen gleich zu stellen. — Umzugskosten erhielten vier Mitglieder, ein Besuch mußte abgelehnt werden. Ferner erhielt das ehemalige Mitglied Scharfschmidt in Neumünster, welches von Harburg nach dort bezogen war und schon geraume Zeit nicht mehr zum Verbannde steuerle, einen Beitrag zu den Umzugskosten, obwohl Sch. in dem Gau Schleswig-Holstein keinerlei Beiträge zum Verbannde leistete. Leider hat von dieser Thatsache sowohl die Mitgliedschaft Neumünster als der Gauvorstand erst ein Vierteljahr nach erfolgter Auszahlung Kenntnis erhalten. Der Zentralvorstand wurde daher ersucht, in der Folge Umzugskosten an im Gau Zureisende nur nach erfolgter Befürwortung durch den Gauvorstand zu bewilligen, bezw. auszahlen zu lassen. Dieses Ersuchen wurde vom Zentralvorstand als berechtigt erklärt und dessen Ausführung zugesagt. — Der 56 jährige Kollege U. wurde in Götting auf der Reise wegen „Landstreicherei“ verhaftet, nach 4 Wochen Untersuchungshaft in Kiel zu einem Monate Gefängnis und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde verurteilt. Von letzterer wurde eine Korrekturenhaft von 6 Monaten festgesetzt. Der genannte Kollege ist somit lebendig, weil er arbeitslos war, acht Monate seiner Freiheit beraubt worden — trotzdem er vom Verbannde Reise-Unterstützung bezog und nicht gebettelt hatte. Leider erhielten wir erst nach Verbüßung der festgesetzten Strafen Kenntnis von diesem recht bedauerlichen Vorgange. Einer Kritik dieser Thatsache können wir uns enthalten, da jeder Leser des Corr. mit uns der Ueberzeugung sein wird, daß das gesprochene Recht in diesem Falle beim Volke kein Verständnis findet. — Die Druckerei der Volkszeitung in Kiel führte den Neunstundentag ein und schaffte das Berechnen ab. Das letztere erfolgte auch in der Druckerei der Nord-Ostsee-Zeitung in Kiel, doch wurde hier eine Verminderung der Arbeitsstunden nicht erreicht. In der Druckerei der Flensburger Nachrichten dagegen wurde ein Zell der Gehilfen ins Berechnen gestellt und die Löhne der Gehilfen dieser wesentlich aufgebessert. Leider wurden hier infolge der getroffenen Milderung einige Kollegen arbeitslos. — Aus der Druckerei von Stoltenberg in Bergeborf wurden mehrfach Mitglieder entlassen, weil dieselben nicht erheblich unter dem tarifmäßigen Minimum arbeiten wollten. — Einige Prinzipale glauben noch immer ihrem Personale den Beitritt zum Verbannde verbieten zu sollen. So bemerkte ein solcher zu einem erkrankten Seher: „Sie liegen hier schon lange krank, das können Sie doch mit der Unterstützung der Drückerkasse nicht bestreiten; Sie müssen daher noch Unterstützung vom Verband erhalten.“ Der betreffende Prinzipal stellte dabei den wieder Gewesenen nicht wieder ein. Derselbe Prinzipal schrieb aber während des Streiks an ein erkranktes Nichtverbandsmitglied: „Sie haben mir doch Ihr Ehrenwort gegeben, sofort einzutreffen; ich nehme jede Rücksicht usw.“ Der Betreffende trat auch als Kranker ein, aber nach dem Streik bekam er den Lohn für seine Treue. Er wurde entlassen. Die Nichtmitglieder mügen daraus ersehen, daß eine starke Organisation nicht nur im Gesamtinteresse, sondern auch im eignen Interesse not thut und stark kann die Organisation nur dann werden, wenn ein jeder zu seinem eignen Besten dem Verbannde beiträgt. — Ein anderer Prinzipal handelte indes vernünftiger; er gestattete seinen Gehilfen den Beitritt zum Verbannde, obwohl er nicht, wie der vor-

hin erwählte, als Gehilfe vom Verband in ausgiebiger Weise Unterstützung erhalten hatte. — Daß auch im Gau Schleswig-Holstein die Arbeitslosigkeit nichts seltenes ist, beweist der Umstand, daß auf durchschnittlich 300 Mitglieder im Jahr 1893 4461 Arbeitslosentage fielen. Es konnte auch im laufenden Jahre keine Verjüngung hierin erzielt werden; das zweite Quartal 1894 z. B. hatte 1290 Arbeitslosentage und es mußten in diesem Quartale 72 M. an Arbeitslosenbeiträgen aus der Gaukasse gedeckt werden. Unter solchen Umständen ist es denn sehr leicht erklärlich, daß auch die Gaukasse ihre Einnahmen sämtlich im letzten Rechnungsjahre verbraucht hat. Zur Orientierung der Mitglieder geben wir zum Schluß dieser Mitteilungen noch den folgenden Auszug aus dem Kassenberichte:

Abrechnung der Gaukasse für 1893.

Einnahme:	
An Bestand am 1. Januar 1893	1001,92 M.
„ 14554 Beiträge à 15 Pf.	2183,10 „
„ Remuneration: Verbandskasse	297,54 „
„ „ Zentr.-Zub.-Kasse	33,23 „
	<hr/>
	3515,79 M.
Ausgabe:	
Per Remuneration des Gauvorstandes	350,— M.
„ „ f. 1892 (nachträgl.)	30,— „
„ „ an die Orte	112,44 „
„ Porto der Mitgliedschaften	105,65 „
„ „ des Gauvorstandes	121,60 „
„ Schreibmaterialien	17,60 „
„ Litteratur	27,50 „
„ Unterstützung an Arbeitslose	812,60 „
„ „ Kranke	213,— „
„ 399 Beiträge à 50 Pf. für Arbeitslose	199,50 M.
„ Stempel-Vänderung	—,75 „
„ Gantagskosten	206,90 „
„ Druckkosten	203,10 „
„ Buchbinderkosten	7,50 „
„ Agitation usw.	24,50 „
„ Außerordentliche Unterstützung	20,— „
„ nicht verkauften Markmarken	48,75 „
„ Bestand Ende 1893	1014,40 „
	<hr/>
	3515,79 M.

Die Mitglieder aber ersuchen wir, trotz ungünstiger Zeiten stets auf dem Posten zu sein, zur Ausdehnung unser Verbands und zu dessen innerer Kräftigung allezeit nach besten Kräften beizutragen.

Der Gauvorstand.

H. Von der Donau, 1. Okt. Eine geraume Zeit ist verstrichen, seitdem in den Spalten unser lieben Corr. keine Zeile mehr zu lesen war, was sich denn eigentlich in unrer Festungsstadt Ingolstadt alles ereignet; den vielen Kollegen, die schon Ingolstadt bereisten, dürften daher diese Zeilen etwas willkommen sein. Seit dem Streik war es nur wenigen Mitgliedern beschieden, als Mitglieder des Verbandes ihre Stellung zu finden, denn in der H. Ganghofer'schen „Kunstbuchdruckerei“ hält der weitbekannte Herr Oberfaktor (zur Zeit Redakteur der ultram. Ingolst. Ztg.) Ditto Nachr., welcher die maßgebende Persönlichkeit dort ist, noch immer die Devise aufrecht: „Nur kein Verbandsmitglied.“ So mußten auch wahrscheinlich auf dessen Befehl die Herren Math. Kitzhaber, Hugo Schellke und der frühere Buchdruckerbesitzer und Verleger des Neumarkter Tagblattes Herr Nikolaus Pirkl austreten, so daß das Geschäft völlig gesäubert war von diesen bösen Verbandsmitgliedern, welche alle langjährige Mitglieder waren. Pirkl mußte bereits nach kurzer Zeit die Kunstbuchdruckerei verlassen und soll jetzt in Eichstätt als zweiter Faktor Anstellung gefunden haben, doch dürfte er seinen Austritt inzwischen schwer bereut haben, aber Unbant ist eben der Welt Lohn. In der H. Ganghofer'schen Druckerei werden z. B. bei 5 Gehilfen 9 bis 10 Lehrlinge auf bekannte Art ausgebildet; auch an Ueberstunden, die natürlich horrend bezahlt werden, läßt es der Herr Oberfaktor nicht fehlen, ja es ist erst kürzlich vorgekommen, daß der Vater eines Lehrlings, dem die vielen Ueberstunden zu dumm wurden, in Wahrung berechtigter Interessen zu Herrn Ganghofer kam und diesen auf das gesetzwidrige Gebahren innerhalb seiner „Kunstbuchdruckerei“ aufmerksam machte und seinen Knaben keine Ueberstunden in Zukunft mehr machen lassen wird. Es hat fast den Anschein, als wenn jetzt noch Herr Leinweber, der einmal in J. gestorben war, hinter den Coullissen steckte und unsern lieben Otto instruierten würde, oder geschieht es in Wirklichkeit? Wer kann's wissen! — Ein zweites herrliches Bild einer „modernen Buchdruckerei“ gibt uns die Conrad Schröder'sche Offizin; dort werden ebenfalls bei 1 Sekur und 1 Maschinenmeister 8 Lehrlinge „ausgebildet“. Die Arbeitszeit beginnt in der Regel um 7 Uhr und dauert abzüglich einer kleinen Pause, in welcher Zeit diese Knaben ihr ohnehin dürftiges Frühstück verzehren dürfen, fast täglich bis 2 Uhr, jedoch kommt es auch vor, daß es 3 Uhr wird. Samstag wird es oft 8 Uhr, ehe es Feierabend ist. An Kostgeld erhalten die Lehrlinge im ersten Jahr 1 M., welches

auf 4 M. im vierten Lehrjahre steigt. Früher wurden wenigstens den Knaben 10 Pf. pro Stunde angerechnet, seit einigen Wochen ist aber ein neuer Faktor, namens Meißelbeck (N. B.), ange stellt und dieser hält es für angebracht, auch Sonntags „einige Griffe“ ablegen zu lassen — weil der Herr Prinzipal ohnehin schon viele Ausgaben hat! — Die sanitären Verhältnisse in dieser Offizin sind schlecht. Der Boden z. B. wurde, wie man mir versichert, inner halb eines ganzen Jahres einmal, und da nur notdürftig, gepußt; dergleichen herrscht nicht nur Mangel an „Handbüchern“, die gering gefagt auch im Jahr einmal gewaschen werden. Als „Lavoir“ dient ein Gefäß, das im Hof aufgestellt ist und welches gleichzeitig die „Hühner“ als „Abort“ benutzen. Seit kurzer Zeit nun hat auch die gnädige Gemahlin des Herrn Chefs eine neue Anordnung getroffen, nämlich die, daß abends nach Feierabend abwechselnd die schon erlahmten Knaben das für die Küche nötige Holz kleinmachen müssen; abgesehen davon, daß es schließlich nicht viel Mühe macht, diesen Bedarf zu liefern, so ist es doch wirklich viel verlangt, nachdem diese Knaben 10 bis 11 Stunden in solch einem schmutzigen, aller menschlichen Würde hochsprechenden, von nichts weniger als guter Luft geschwängerten Lokale gearbeitet haben, noch solche außerordentlich Verachtungen zu verlangen. Hier kann es doch niemand wundern, wenn Krankheiten entstehen. (Man wird an der Wahrheit dieses meines Berichtes zweifeln, aber es ist nach meiner eignen Ueberzeugung wirklich Thatsache. Einen vielleicht noch weitergehenden Bericht könnte schließlich der frühere Vertrauensmann Herr S., der hier längere Zeit in Arbeit stand, geben, vielleicht wird er durch diese wenigen Zeilen dazu veranlaßt.) So die Verhältnisse in einer Druckerei einer Stadt von 17000 Einwohnern, dessen Besitzer „Kleinapitalist“ und nebenbei z. B. „Premierleutnant der Reserve“ ist. Ob es indes der neue Herr Faktor dort zur „Persona gratissima“ bringen wird, trotz seiner „großen Verdienste“, wollen wir dahingestellt sein lassen.

Rundschau.

Buchdruckerei und Verbands.

Die Linotype, jene Gieß-Setzmaschine, die mit Sturm in England und Amerika Buchdruckereien einzug hält und schon mehrere Tausend Kollegen außer Brot setzte, soll noch in diesem Jahre nach einer Mitteilung im Buch- u. Bdr.-Bl. in Berlin aufgestellt werden, dergleichen in Paris. Auf dem Kontinent ist die Linotype nunmehr ebenfalls vertreten und zwar hat die Firma Gebr. Binger-Amsterdam zwei aufgestellt.

Die Zununahme des Stibisozes in der Zeitchrift f. D. B., die thüringischen Prinzipale sollen die Kon dition von der Mitgliedschaft bei der Thüringischen Kassen abhängig machen, zeigt sich in ihrer groben Unverfrorenheit am besten an den Zahlen des Kassenberichts, die thatsächlich den Bankrott verkünden. Die Kantengels-Zuschußklasse zählte 179 (meist ältere) Mitglieder, 42 davon waren im Bezuge von Krankengeld, die Invalidenklasse 187 Mitglieder und 24 Invaliden und die Witwen- und Waisenklasse 190 Mitglieder und 48 Witwen. Nach diesen Zahlen ist das oben erwähnte Begehren einestheils zwar sehr unverschämmt, andernteils aber auch lächerlich, denn wer kann sich einbilden, daß die Prinzipale von einigen Tausend Gehilfen für die weniger als 200 die verkrafteten Kassen Güntenden sich plötzlich interessieren und ins Zeug legen werden, nachdem sie die Kassen jahrzehntelang ignorierten. So wie den Thüringer Kassen (man denke auch an die gewesene weisfällige Kontofirma) ist allen Nichtverbandsvereinigungen erst ein elendes Vegetieren und schließlich ein klägliches Verschanden sicher. Denn sie tragen den Todeskeim von der Geburt an in sich.

Die gouv. ernementale Leipz. Ztg. hat untre Notiz über die Leipziger Volkszeitung, soweit sie die Mißbilligkeiten wegen der Einführung des Gewinngeldes zu normierenden Lohnsätze in deren Druckerei betraf, zum Vorwurf einer Unrempe lung der Leipziger Volksztg. genommen und diese rempelt nun ihrerseits wieder den Corr. an, daß er eine „Frik tion“ — wir wollen möglichst peiniglich reden — die in Leipzig doch nicht unbelant gelte, mit einigen Zeilen herüber hat — sie nennt dies „taktlos“. Da die Leipziger Volksztg. mittelt, daß die Ermüdungen über die zu gewährenden Löhne noch nicht abgeschlossen seien, so wollen wir zu dem Kapitel der „Taktlosigkeiten“ weiter keinen Stoff liefern, hoffend, auch für die Folge davon unentbunden bleiben zu können. Die Verdienstlose im frühern Wähler glauben wir nach unseren Informationen mit dem Ausdruck „mäßig“ treffend bezeichnen zu haben, aber das für anstrengende Zeitungsbarbeit übliche Maß gingen sie unserm Wissens nicht hinaus; der kürzern Arbeitszeit sei nachträglich hier Erwähnung gethan. Indes es ist schon längst taktvollerweise Mode einiger „Genossen“, bei den mangels guter gewerkschaftlicher Organisation schlechter gelohnten Arbeitern mit den Segnerverdiensten — siehe auch jetzt die fetten Ziffern der Volksztg. — gegen die Sezer treiben zu geben. Ein zweischneibig Schwert!

In seinen Sitzungen vom 12. und 19. September behandelte das Berliner Buchdrucker-Schiedsgericht folgende Klagefälle: 1. Der Schriftsetzer H. verlangte von der Buchdruckerei Zrowitzsch & Sohn (Mangelsdorf) 179 Mark rückständigen Lohn. Nach längeren Verhandlungen in beiden Terminen kam eine Einigung auf 56,85 M. zu stande. 2. Klage des Stereotypsezer (Segez) G. gegen den Igl. Hofbuchhändler und Buchdruckerbesitzer Schent auf Zahlung von 60 Mark. Kläger war zweimal in genanntem Geschäft tätig (erst als Sezer, dann nach viermonatlicher Pause als Stereotypseur); das erste Mal wurde er entlassen, weil er den bekannten Protest in Sachen der Invalidentasse nicht unterschreiben wollte, diesmal, weil er kein Bayrisch Bier trinken wollte; auf seine Vorstellung, man möge ihm doch wegen seiner Krankheit gestatten, manchmal eine Weiße (gewöhnlich Milch) zu trinken, wurde er, trotzdem er anderthalb Jahr zur vollen Zufriedenheit gearbeitet, sofort entlassen. Hierzu hielt sich der Beklagte berechtigt, weil er laut seiner Arbeitsordnung jeden sofort entlassen könne, der sich seinen Betriebsanordnungen nicht fügen wolle, außerdem aber jede Kündigung in seinem Geschäft, ebenfalls laut Arbeitsordnung, ausgeschlossen sei. Der Beklagte wurde beurteilt 60 Mark zu zahlen; denn essen und trinken könne jeder was er wolle; die Arbeitsordnung sei überhaupt nicht maßgebend, da sie vom Kläger bei seinem Wiedereintritte nicht unterschrieben, auch nicht in ordnungsmäßigem Zustand in der Stereotypie ausgehängt sei. Kläger sei, da keinerlei Abmachungen bei seinem Eintritt als Stereotypseur getroffen, umso mehr zur Annahme einer vierzehntägigen Kündigung berechtigt gewesen, weil auch Metteur und Maschinenmeister dieselbe haben. 3. Eine Klage des Schriftsetzers G. gegen die Firma Buchdruckerei Gutenberg auf Zahlung von 54 Mark, weil er ohne Kündigung am Montag früh entlassen wurde. Er habe zwar die Arbeitsordnung, deren letzter Passus besagt, daß alle Sezer im Geschäft ohne Kündigung stehen, unterschrieben; da dieselbe aber an anderer Stelle sage, nach vierwöchentlichem Ausschluss tritt, falls nichts andres gesagt wird, Kündigung ein, so halte er sich bei zweijähriger Thätigkeit im Geschäft zu seiner Forderung berechtigt. Kläger werden für Montag 4,50 M. zugelprochen, die weiteren Forderungen abgewiesen. 4. Der Schriftsetzer K. verlangt von der Firma Buchdruckerei Gutenberg 66 Mark für vierzehn Tage, weil er Montags plötzlich entlassen wurde, trotzdem ihm am Sonnabende gefagt war, er könne noch 14 Tage arbeiten. Das Urteil geht dahin, daß die Forderung berechtigt ist, da eine grobe Beleidigung, welche der Faktor als Grund der Entlassung angab, nicht als vorliegend anerkannt werden könne.

Max Mustalla war nun endlich vor dem Gericht erschienen, ein schüchternes Kerlchen, das ängstlich und automatisch, als wäre es ihm eingetrichtert, Zeugnis gab, daß er der Drucker von Frei-Deutschland sei, sein Better Paul aber Geschäftsführer dieses Organs, der ihn eingestift habe. Wenn nun die Druckerei gehört, blieb zweifelhaft, sie ist nach der Situation herrenlosens Gut. Max beschwor, daß er „der Drucker“, also Prinzipal sei. Das Gericht glaubte ihm trotz dem nicht und legte nun Paul, der seines Betters Aussagen so lebhaft dirigierte, daß er 20 M. Strafe zahlen und das Zimmer verlassen mußte, den Eid auf: daß er nicht Druckerinhaber sei. Leistet er ihn, müssen die Sezer jedenfalls den Max verklagen, andernfalls muß er selbst ihre Lohnrückstände bezahlen. Wie es mit der Leistung des Eides steht, teilt der Berliner Vorwärts, dem wir den Sachverhalt entnehmen, leider nicht mit.

Die von den Stuttgarter Buchbindern im Jahr 1889 mit den Arbeitgebern getroffenen Vereinbarungen: Arbeitszeit 10 Stunden, Minimallohn bei minder leistungsfähigen Arbeitern nicht unter 14½ M., in der Regel nicht unter 16 M., werden von einer großen Zahl Prinzipale trotz schriftlich gegebenen Ehrenwortes nicht mehr eingehalten. Die Arbeitszeit ist teilweise bis auf 12½ Stunden gestiegen, während die Löhne bis auf 11 M., in einem Falle sogar bis auf 9,60 M. herabgedrückt wurden. Eine Gehilfenversammlung drückte die Erwartung aus, daß sämtliche Unternehmer vom 1. Oktober ab die Vereinbarungen im vollster Umfang aufrecht erhalten und die bezügliche Resolution wurde nebst Begleit schreiben allen Prinzipalinen zugesandt mit der Bitte um Antwort. Die Mehrzahl sandte keine solche und so beschloß eine weitere Versammlung, einzweites Schreiben abzuschenden. Innerhalb der fünf Jahre hätte die Buchbinder doch den Mißständen im Augenblicke wo sie sich zeigten entgegenzutreten müssen, jetzt wird es wohl eines ernsthafteren Vorstoßes als einer Resolution bedürfen, um das Versäumte gut zu machen.

Von Reghäufers Illustriertem Familienbuche der Naturheilkunde sind die Lieferungen 33 bis 36 erschienen und gerade die das Werk abschließenden Hefte, enthaltend ein Verzeichnis der Krankheiten mit Beschreibung und Behandlung derselben, sind die wichtigsten für jeden Haushalt. Buchdruckerfamilien kann das Buch wiederholt zur Anschaffung empfohlen werden.

Es wird nun mit 40 Lieferungen vollendet. — Aus dem Deutschen Verlagsbureau von Bong & Co., Berlin W 57, liegen uns vor das Heft 1 und 2 der Modernen Kunst, Heft 6 der neuen Familienzeitschrift Für alle Welt und Heft 13 zur guten Stunde. Inhalt und Illustrationen, die in den drei Unternehmungen allerdings mehrfach tangieren, aber gleichwohl immer wieder Abwechslung bieten, sind von bekannter Güte. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Bong'schen Zeitschriften alle übrigen in der Ausstattung übertreffen und die zu gewaltigen Anstrengungen zwingen werden. Mögen die Leser beim Quartalswechsel unter den drei genannten Zeitschriften wählen. — Vom Hochverratsprozeß ist Verlesung 10 und 11 erschienen (Berlin, Verlag der Vornwärts-Expedition). — Bei Max Hezel in Stuttgart, Calwerstr. 18: Morgenrot. Sozialdemokratische Fecht- und Zeitgedichte, mit Prologen und einem Festspiel: „Organisation“. Von J. Stern. Preis 50 Pf. Im Verlage von Wörlein & Co. in Nürnberg ist der Deutsche Handwerker- und Arbeiter-Notizkalender für 1895 (der 17. Jahrgang) erschienen. 75 und 50 Pf. Es ist diesmal besseres Papier verwendet und aus dem Inhalte die praktische Anleitung zur gewerblichen Buchführung hervorgehoben, indes erscheint uns die Ausgabe diesmal etwas zu dünn geraten, frühere Jahrgänge sind wesentlich stärker und können es bei dem Preis auch sein. Durch Sparsamkeit verringert der Verlag doch nur den Absatz.

Ueber die holländische Lohnbewegung ist weiter zu berichten: Sämtliche Gehilfen der Elektrischen Druckerlei in Amsterdam, in der die Wäcker Standard, Telegraf und Amsterdamer gedruckt werden, legten die Arbeit nieder, weil die wiederholt verlangte Lohn-erhöhung stets abschlägig beschieden worden war. Der Eigentümer der Druckerlei bewilligte alsdann sämtliche Forderungen seines Personals, das darauf die Arbeit wieder aufnahm. Dasselbe wiederholte sich einige Tage später in der Druckerlei des Nieuws van den Dag, auch hier legten die Gehilfen ihre Forderungen dar. Dann folgten die Druckerien des Fliegenden Blattes, Clevelier, Excelsior, Echo und de Buisly, sowie die Firma Goldbert & Co. Mit Ausnahme der beiden letztgenannten wurde die verlangte Lohn-erhöhung bewilligt. Schließlich hat auch die Firma Goldbert & Co. nachgegeben, so daß die Arbeit nur noch in der Druckerlei von de Buisly stille steht. Zuletzt legten die Arbeiter der Südholländischen Buch- und Handelsdruckerlei im Haag die Arbeit ebenfalls nieder, so daß die Moonpost, die hier gedruckt wird, nur in einem sehr kleinen Format erscheinen konnte. Die Mitglieder des katholischen Typographenbundes in Amsterdam hielten darauf eine Versammlung ab, zu der auch die Arbeitgeber eingeladen worden waren, um eine Verständigung herbeizuführen. Die Besitzer der obengenannten Druckerien haben die Forderungen ihrer Arbeiter nur vorläufig, für die Dauer von vier Wochen, bewilligt, so daß also nur Waffenstillstand ist.

Eine von den schlimmsten ist die französische Prinzipalschaft. Seit Jahren kommen die einschläglichen Nachrichten ihrer gemeinen und raffinierten Ausbeutungssucht über die Vogesen zu uns herüber und bis in die letzten Wochen hinein sind hiervon empörende Bröthen zu verzeichnen. Die Lage der französischen Kollegen ist schlechter als die irgend eines andern Landes. Da muß man wirklich staunen, wie in der französischen Gehilfenleitung einer solchen Gesellschaft immer wieder die Cour geschnitten werden kann. So hat neulich anläßlich der Einigung der Pariser Kollegen der dortige Vereinsvorstand ein Ritual an die Prinzipale gerichtet, in dem die schlechtesten der wirtschaftlichen Gehilfengegner liebevollst gestreift werden. „Es bestehe ein inniger Zusammenhang zwischen den Interessen der Gehilfen- und Prinzipalschaft“, heißt es u. a. darin, die „Geschichte von Kapital und Arbeit müßten unzertrennbar bleiben“ und was dieser Phrasen mehr sind. Solche Sprache ist nur dazu angethan, die Gehilfen einzulullen und die Unterneherer übermühtig zu stimmen. Das zeigte sich gleich an dem letzten in Lyon abgehaltenen Prinzipalskongresse. Dorthin begab sich auch mit dem Herzen voll harmonischer Akkorde Kollege Keiser, der Verbandsführer, ausgerüstet mit einer Verächterstatterkarte fürs Gehilfenorgan. Er hoffte, wie er schreibt, den Ausgangspunkt für Maßnahmen zur Vorbeugung des Verfalls der Buchdruckindustrie und für eine Grundlage zu einem gemeinrechtlichen und freundschaftlichen Verhältnis zwischen Prinzipalen und Gehilfen dort zu finden. Zwei Tage durfte er stillschweigend dem Kongresse beiwohnen und im Privatgespräche äußerten ihm sogar Prinzipale ihre Zufriedenheit mit der Leitung des Gehilfenverbandes, was u. c. nicht gerade erbaulich ist. Am dritten Tage stand der Pariser Klinikard, Herr Chamero, auf und machte Värm, daß sich Keiser in die Versammlung „eingeschlichen“ habe. K. wurde zwar vorstandsseitig in Schutz genommen, verlangte aber Abstimmung, ob er ferner dableiben dürfe oder nicht und so wurde denn durch eine solche seine Ausweisung verfügt! Chamero hatte den so Friedfertigen als den wütendsten Vandalen und Streitzettel beschnitten — das ist bekanntlich jeder, der Gehilfeninteressen vertritt,

gleichviel ob in der höchsten oder berber Form. Keiser verließ den Kongreß, wie er versichert, „geheilt vom Verwundungsfieber“. Goffentlich!

Industrie und Gewerbe.

Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat in einem Erlaß an die Provinzialbehörden auf die Bedeutung der Errichtung möglichst ausgedehnter städtischer Arbeitsnachweise hingewiesen. Es sollen mindestens in allen Städten mit mehr als 10000 Einwohnern solche errichtet werden. Als wünschenswert wird es bezeichnet, wenn die Besitzer der Gewerbebetriebe möglichst auch als Besitzer der Arbeitsnachweise stellen verwendet würden. In Eisenfeld wird eine städtische Arbeitsvermittlungsstelle errichtet. Als Vorstand fungiert der für gewerbliche Fragen und Angelegenheiten bestehende Ausschuß des Gewerbegerichts (Vorsitzender und 12 Mitglieder) unter der Aufsicht des Oberbürgermeisters. Die Kosten (3000 Mark) trägt die Stadt. Auch in Erier wurde die Errichtung einer städtischen Arbeitsvermittlungsstelle beschlossen unter Leitung eines von der Stadt angestellten und besoldeten Beamten. — In Oldenburg wurde die Magistratsvorlage, die Errichtung eines städtischen Arbeitsamtes betr., von den Stadtverordneten einstimmig abgelehnt, weil kein Bedürfnis vorhanden, was ja in bezug auf die Herren Stadtväter zutreffen mag. Aber für diese ist doch eine solche Einrichtung auch nicht bestimmt.

Der Vorstand des Vereins Deutscher Hutindustrie bittet den Bundesrat vier Wochen vor Ostern und vier Wochen vor Pfingsten Sonntags in den Fabriken arbeiten lassen zu dürfen. Die Hutmachergehilfen verlangen auf dem Petitionsweg, durch die Zahlung der Arbeitslosenstaffel ihres Unterstützungsvereins begründet, Ablehnung des Gesuches.

In der kaiserlichen Porzellanwerkstatt zu Friedrichsort ist seit 1. Oktober die Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden herabgesetzt worden unter Beibehaltung des bisherigen Stundenlohnes. Hier handelt es sich um Vermehrung von Arbeiterentlassungen.

In Braunschweig wurden 135 Arbeiter, die an der Kanalisation beschäftigt waren, entlassen, weil kein Geld zur Weiterführung der Arbeiten vorhanden sei.

Die Firma Krupp in Essen herrscht zur Zeit über 17176 Beamte und Arbeiter mit 43658 Familienangehörigen. Gegenüber 5731 Beamten und Arbeitern mit 15581 Angehörigen ist die Firma auch Hausherr.

Die Zeiger Schengelererei und Maschinenbau- u. c. entließ zu wiederholten Malen Arbeiter wegen flauen Geschäftsganges — der Aufsichtsrat schlägt die Verteilung einer 20proz. Dividende vor. Um den Teilhabern ein hohes Einkommen zu sichern, werden die Arbeiter dem Hunger überantwortet.

Der Aufsichtsrat der Harzer Bergwerke zu Rübeland und Jorze beschloß, den Betrieb auf vorläufig drei Monate einzustellen. Grund: Ungünstige Geschäftsverhältnisse.

Auf die in einer Versammlung von 2000 Bergleuten in Dortmund gestellten mäßigen Forderungen, u. a. 3,50 Mk. Mindestlohn, beschloßen die unter der Firma Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund tagenden hohen Herren keine Antwort zu geben. Arbeitern gegenüber glaubt man auch die einfachsten Regeln des Wohlstandes außer Kraft setzen zu können.

Der Verein zum Schutze von Handel und Gewerbe in Eisenfeld boykottiert diejenigen Metzger, welche dem Warenhause deutscher Metzger in Berlin als Mitglieder beitreten.

In einer jüngsten Sitzung der Hamburger Bürgerschaft stellte ein Mitglied die Anfrage an die Gewerbebehördenverwaltung, ob dieselben den Schülern Gelegenheit zu einem Gottesdienste am Sonntagmorgen biete, wie es das Reichsgesetz vorschreibt? Dem Fragesteller wurde die Antwort zu teil, daß vor Beginn des Unterrichts eine Andachtsübung stattfinde. Allerdings bestehe kein Zwang. — Wie es mit der leidlichen Speise der Beurling ausseht, danach fragt die Bourgeoisie nicht. Sie selbst stekt Wälder an, s. u.

In den Eisenbahnwerkstätten der Staatsbahn in Bodenbach wurde der Achtstundentag probeweise bei den bisherigen Löhnen eingeführt.

Die großen Waldburgen, von denen man kürzlich aus Amerika berichtete, sollen von den Holzknigen, den Holzhändlern, welche die Preise des Bauholzes per Karren festsetzen, abschlägig angelegt worden sein, um zu verdeutlichen, daß die Abholzung seiner in ungeschicklicher Weise geschah. Man sieht, zu welchen Ausrichtungen es führt, wenn man nicht bald gegen diesen Umsturz aller Verhältnisse, gegen den die anarchischen „Thaten“ das reine Klinderpiel sind, energisch Front macht. Die Profitgier frisst ganze Wälder und Städte in Brand, läßt bemannte Schiffe untergehen usw. usw. Und das nennt man die heutige gesellschaftliche Ordnung.

Vereine, Kassen usw.

In Görtlich tagte der neunte Kongreß der deutschen Töpfer. 18 Töpfer und 1 Ziegler vertraten als Delegierte 3652 Mitglieder in 112 Zahlstellen einschl. 380 Einzelmitglieder in 248 Orten. Von den Ziegler-

und Steingutarbeitern sind 138 im Verbands. Die unter den Töpfern herrschende Spaltung in Anhänger der Totalorganisation und Verbänder läßt ein gedeihliches Zusammenwirken vermissen. Aber auch innerhalb des Verbandes scheint es an Einigkeit zu mangeln, so mußten z. B. die Magdeburger ausgeschlossen werden, weil sie an Stelle der festgesetzten Progressivsteuer einen einheitlichen Beitrag zahlen wollten. Von den Schmelzern sind nur 230 im Verband — ein Versuch, durch die Abhaltung eines Schmelzertages etwas Leben in die Leute zu bringen, mißglückte. Auch mit den Zieglern hat man bisher kein Glück gehabt. Trotzdem strebt man eine internationale Einigung an, der nach dem vorliegenden die Basis fehlen dürfte. Der Kassenbericht des letzten Geschäftsjahres ergab 36920,99 Mk. Einnahme und 38754,37 Mk. Ausgabe, darunter 8281,63 Mk. für Wanderunterstützung. Betreffs der Presse wurde Beibehaltung des wöchentlich einmal erscheinenden „Töpfer“ beschloßen, der jedem Mitgliede gratis verabfolgt wird. — Dem Redakteur wurde das Recht zugesprochen, bei Streitigkeiten mit der Preßkommission eventuell die preßrechtliche oder moralische Verantwortung abzulehnen. Bei der Statutenberatung wird die Einführung von Arbeitslosen-Unterstützung beschloßen; an Wanderunterstützung wird pro Klom. 2 Pf., jedoch nicht mehr als 1,30 Mk. einmalig und 30 Mk. jährlich bezahlt, Streikunterstützung erst von der zweiten Woche des Ausstandes ab. Der Sitz des Vorstandes ist in Berlin, der Preßkommission in Dresden, des Ausschusses in Nürnberg. Eine Redakteurwahl kam nicht zu Stande, da die Vorgeschlagnen ablehnten.

Die Abhaltung der außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes Deutscher Korbmacher, welche den Anschluß an den Holzarbeiterverband beschließen sollte, ist mit 147 gegen 142 Stimmen abgelehnt worden.

Aufgelöst wurde ein sog.-dem. Diskussionsabend in Dresden. Alshadt, als ein Heber über die Erschaffung der Welt sprach, ferner der Gesangverein Sängerkittel in Hohenstein-Ernstthal. Vom Schöffengericht in Stolberg wurden 14 Textilarbeiter insgesamt zu 257 Mk. Geldstrafe verurteilt wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz. In dem Urteile wird das Gebiet der öffentlich angelegenen Arbeiten nahezu auf alles Mögliche und Unmögliche ausgedehnt: Regelung des Arbeitslohnes, Vertierung der Arbeitszeit, Regelung des Verkehrs- und Febergewerks, staatliche Erhebungen. Wenn diese Ausdehnung des sächsischen Gesetzes am Platz ist, so sind auch alle Unternehmervereine aufzulösen und deren Leiter zu bestrafen, vor allem aber das Koalitionsrecht aufzuheben.

In einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung zu Herzst wurde die Gründung eines Holzarbeitervereins beschloßen und gleichzeitig ein Tischler als Vertrauensmann für den Holzarbeiterverband gewählt. Hierin erklarte die Anhalter Behörde einen Verstoß gegen das Vereinsgesetz und beschuldigte den Letztern, eine Zahlstelle, welche mit dem Deutschen Tischlerverband in Stuttgart in Verbindung stehe, ohne vorherige obrigkeitliche Erlaubnis errichtet zu haben, wofür derselbe zu zwei Wochen Haft verurteilt wurde. Auf wiederholte Revisionen wurde der Tischler zwar freigesprochen, das Urteil hob jedoch hervor, daß der Angeklagte diese Entscheidung nur dem Umfange zu danken habe, nicht gleichzeitig Vorstandsmitglied des neugegründeten Vereins gewesen zu sein, widrigenfalls die Verurteilung auf alle Fälle hätte erfolgen müssen.

Der schweizerische Grüttlerverein hat in 340 Sektionen 13289 Mitglieder und 243177 Franken Vermögen. Die Bibliothek sämtlicher Sektionen umfaßt 45492 Bände. Zeitungen waren abonniert 10955 Grüttler, 574 Grüttler und 906 andere Blätter. In den Sektionen werden Vorträge und Diskussionen abgehalten, sie arrangieren öffentliche Versammlungen und Unterrichtsstunden und pflegen Gesang, Musik, Turnen und Schießen. Ferner hat der Grüttlerverein eine separat verwaltete Krankenkasse und in Zürich eine Buchdruckerei mit einem Personale von fast 40 Personen und Buchhandlung mit Buchbinderei. Der Grüttler erscheint in einer Auflage von 14000 Exemplaren wöchentlich dreimal und der Grüttler-Kalender wird in einer Auflage von 30000 herausgegeben. Eine Anzahl Sektionen hat eigene Vereinshäuser mit Wirtschaftsbetrieb.

Arbeiterbewegung.

Beendet ist der Streik der Formstecher in Moritzberg bei Gildesheim; die alten Löhne werden weiter bezahlt.

Die Tabakarbeiter Deutschlands befinden sich angesichts der geplanten Steuererhöhung auf Tabak und dessen Fabrikate in einer erklärlichen Erregung. Zur Abwehr dieser kolossalen Steuermaßregeln wird Deutschland in 14 Agitationsbezirke eingeteilt, außerdem hat jeder Ort eine Kommission zu wählen, welche die lokale Agitation betreibt.

Auf den Nordbahnschächten in Michalkowitz (Osterr.-Schlesien) streikten die Schleppler und Hunteföhler um Lohnerhöhung.

Die Tabakfabrikanten in Holland bemühen sich jetzt, nachdem der bereits sechs Monate dauernde Streik

